



Bundesinstitut  
für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung



**INTERREG<sub>B</sub>**  
ZUSAMMENARBEIT. GRENZENLOS.

# Transnationale Perspektiven für Klimaschutz und Klimaanpassung

Wie Kommunen und Regionen INTERREG IV B nutzen können



## IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)  
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)  
Deichmanns Aue 31-37, 53179 Bonn

Bearbeitung:

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH (Difu) – Auftragnehmer  
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin  
Daniel Zwicker-Schwarm (Leitung)  
Andrea Wagner  
Anja Neubauer  
Cornelia Rösler

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) – Auftraggeber

Brigitte Ahlke (Leitung)  
Dr. Wilfried Görmar  
Verena Hachmann  
Jens Kurnol

Redaktion:

Patrick Diekelmann (Difu)  
Nina Wilke (BBSR)

Layout:

Elke Postler, Berlin

Druck:

G.R.I.M.M. CopyPlot & Digidruck GmbH, Berlin

Bestellung:

Beatrix.Thul@bbr.bund.de  
Stichwort „Klimaschutz und Klimawandel“

Fotonachweis:

Lippeverband (S. 5, 22 u.), Mikael Hedlund (S. 6), INFRASTRUKTUR & UMWELT, Prof. Böhm und Partner (S. 7 o.), B.A.U.M. Consult GmbH (S. 23 u.), Stadt Ludwigsburg (S. 17, 20 u., 21), Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa (S. 10 u., S. 11 o.), Rainer Sturm/pixelio.de (S. 11 u.), Europäische Kommission (S. 12 u., 16 u.), Projekt Longlife/TU Berlin (TEK) (S. 13), Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming (S. 14 u., 15 o., 26), BIS GmbH (S. 15 u.), Fabian Dosch (S. 18 u.), SMG Standortmarketing-Gesellschaft Landkreis Miesbach mbH/Wasserwirtschaftsamt Rosenheim (S. 19 o.), Wolfgang Colditz/pixelio.de (S. 19 u.), Fk-wind: Institut für Windenergie an der Hochschule Bremerhaven (S. 8 u.), T. Frehmann, Emschergenossenschaft (S. 23), Nussjeck/pixelio.de (S. 24 u.).

Nachdruck und Vervielfältigung:

Alle Rechte vorbehalten

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

Oktober 2010

ISBN 978-3-87994-778-2

## INHALT

<b>1.</b>	Einführung .....	4
<b>2.</b>	Handlungsfelder des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in Kommunen und Regionen .....	5
<b>3.</b>	Wie transnationale INTERREG-Projekte Klimaschutz und Klimaanpassung voranbringen .....	10
<b>3.1</b>	Mehrwert für Städte und Regionen .....	10
<b>3.2</b>	Transnationale Strategien und Strukturen .....	16
<b>3.3</b>	INTERREG-Projekte als Bausteine lokaler Klimapolitik .....	20
<b>4.</b>	Klimaschutz und Klimaanpassung: Förderschwerpunkte der INTERREG B-Programme .....	25
<b>5.</b>	Von der Idee zum Projekt – die wichtigsten Informationen zu INTERREG IV B .....	28
	Anhang: Kooperationsräume und Ansprechpartner .....	30

## 1. EINFÜHRUNG

Der Klimawandel mit seinen weit reichenden Auswirkungen ist für Europas Kommunen und Regionen eine doppelte Herausforderung. Durch ihre Planungen, Investitionsentscheidungen sowie die Aktivierung von Unternehmen und Privatpersonen sollen sie einen möglichst umfassenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. Gleichzeitig spielen sie eine wichtige Rolle für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, etwa im Hinblick auf widerstandsfähige Siedlungsstrukturen oder einen effektiven Bevölkerungsschutz.

Auch wenn sich die Auswirkungen des Klimawandels in Europa regional sehr unterschiedlich darstellen, lassen sich Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort durch eine europäische Zusammenarbeit verbessern. Der Erfahrungsaustausch von Städten und Regionen über Ländergrenzen hinweg, die gemeinsame Entwicklung von Instrumenten zur Förderung des Klimaschutzes – etwa für den Einsatz erneuerbarer Energien, energieeffiziente Gebäude und umweltverträgliche Mobilität – oder die Formulierung gemeinsamer Anpassungsstrategien sind dafür Beispiele.

Mit dem Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ – besser bekannt unter dem Programmtitel INTERREG – fördert die Europäische Union im Rahmen ihrer Regionalpolitik Vernetzungen dieser Art auf europäischer Ebene. Das Programm INTERREG IV B unterstützt in den Jahren 2007–2013 die transnationale Zusammenarbeit deutscher Akteure mit ihren Partnern in den fünf Kooperationsräumen Alpenraum, Mitteleuropa, Nordwesteuropa, Nordsee- sowie Ostseeraum mit insgesamt 1,1 Mrd. Euro. Grundanliegen von INTERREG IV B ist es, über eine fachübergreifende Zusammenarbeit in verschiedenen Themenfeldern eine nachhaltige Raumentwicklung zu fördern. Dabei sind die Themen Klimaschutz und Klimavorsorge in der Förderpriorität Umwelt angesprochen. Weitere Themen sind Innovation, Zugänglichkeit sowie nachhaltige Stadtentwicklung.<sup>1</sup>

In der „Territorialen Agenda der Europäischen Union“ haben im Jahr 2007 die für Raumentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister der EU-Mitgliedstaaten aufgezeigt, dass Kommunen und Regionen eine wichtige Rolle für eine Raumentwicklung zukommt, die Innovationsfähigkeit und Nachhaltigkeit gleichermaßen im Blick hat. Sie hebt die Auswirkungen des Klimawandels als eine der großen räumlichen Herausforderungen hervor und unterstreicht gleichzeitig das notwendige Engagement der Städte und Regionen im Hinblick auf Aktivitäten des Klimaschutzes und der Schaffung widerstandsfähiger Siedlungsstrukturen.

In der aktuellen Förderperiode von INTERREG haben sich kommunale und regionale Akteure zusammen mit Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen in zahlreichen Projekten daran gemacht, Klimaschutz und Klimaanpassung in transnationalen Konsortien voranzubringen. Teilweise konnten sie dabei auf bestehende Kooperationen aufbauen. Im Rahmen der Studie „Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland“ hat das Deutsche Institut für Urbanistik eine Reihe von Fallstudien zu laufenden und abgeschlossenen Projekten im Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung erarbeitet.<sup>2</sup> Diese „guten Beispiele“ bilden die Grundlage dieser Broschüre und zeigen, wie die beteiligten Kommunen und Regionen, weitere Akteure und die jeweiligen Zielgruppen von diesen INTERREG-Aktivitäten profitieren können. Gleichzeitig bietet diese Broschüre Tipps und Hinweise für all diejenigen, die eigene Projektaktivitäten zum Klimawandel im Rahmen von INTERREG B planen.

Die Bearbeiter bedanken sich herzlich bei den Beteiligten der vorgestellten Projekte für deren engagierte Mitwirkung und Unterstützung, die diese Publikation erst möglich gemacht haben.

<sup>1</sup> Vgl. dazu die vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) herausgegebene und vom Difu bearbeitete Broschüre „Transnationale Perspektiven für eine innovationsorientierte Wirtschaftsförderung – Wie Kommunen und Regionen INTERREG IV B nutzen können“ (Bonn 2010).

<sup>2</sup> Studie im Rahmen des Forschungsprogramms Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) des BBSR.

## 2. HANDLUNGSFELDER DES KLIMASCHUTZES UND DER KLIMAAANPASSUNG IN KOMMUNEN UND REGIONEN

Mit dem Klimawandel sind einschneidende Auswirkungen auf Natur und Gesellschaft verbunden. Starkregen, Stürme und Sturmfluten, extreme Hitze- und lange Trockenperioden werden nach Expertenmeinung in Zukunft zunehmend häufiger und in extremeren Ausprägungen auftreten. Dies kann zu mehr Hoch- oder Niedrigwasser, Waldbränden und Hitzestress führen. Auch werden die zeitlichen und räumlichen Schwankungen des Klimas zunehmen, was kurzfristig enorme Schäden verursachen kann. Das Auftreten von Dürreperioden in kurzen Abständen kann beispielsweise die Land- und Forstwirtschaft überfordern.<sup>3</sup> Unumstritten ist mittlerweile, dass die Bewältigung des Klimawandels eine zweigleisige Reaktion erfordert: Zum einen geht es darum, über Klimaschutzmaßnahmen die Emissionen von Treibhausgasen weitestgehend zu verringern. Zum anderen sind Anpassungsmaßnahmen zu treffen, um den unvermeidbaren Folgen des Klimawandels zu begegnen und die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen.<sup>4</sup>

### Klimaschutzziele der EU

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben sich im Rahmen ihrer Klimaschutzpolitik das Ziel gesetzt, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf weniger als 2°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Um den Klimaschutz voranzubringen, haben sie sich daher 2007 auf eine Reihe von Klimaschutz- und Energiezielen verständigt, die bis zum Jahr 2020 erreicht werden sollen (sogenannte „20-20-20-Ziele“):<sup>5</sup>

- Verringerung der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Niveau von 1990 um mindestens 20 Prozent (30 Prozent im Rahmen einer internationalen Vereinbarung zwischen den entwickelten Ländern);
- Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger am Gesamtenergieverbrauch auf 20 Prozent;
- Steigerung der Energieeffizienz, um gegenüber den Hochrechnungen für das Jahr 2020 insgesamt 20 Prozent des Energieverbrauchs der EU einzusparen.

Ferner wurde die Steigerung des Anteils der Biokraftstoffe am Gesamtkraftstoffverbrauch (Benzin und Dieselkraftstoff) für den Verkehrssektor in der EU auf zehn Prozent bis zum Jahr 2020 vereinbart.<sup>6</sup> Zur Umsetzung dieser Ziele im Rahmen einer integrierten Klimaschutz- und Energiepolitik hat das Europäische Parlament 2009 ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das in verschie-

denen Richtlinien unter anderem die Aufteilung der Reduktionsverpflichtungen zwischen den Mitgliedstaaten festschreibt, Nachhaltigkeitsstandards für Biokraftstoffe festlegt und die Weiterentwicklung des Emissionshandelssystems regelt.

### Europaweite Anpassung an den Klimawandel

In ihrem „Weißbuch Anpassung an den Klimawandel“ beschreibt die EU die vielfältigen Bereiche, in denen europaweiter Handlungsbedarf besteht. So müssen Klimaauswirkungen in der Gesundheits- und Sozialpolitik, der Förderung von Land- und Forstwirtschaft, im Naturschutz, bei der integrierten Meerespolitik sowie dem Küstenzonenmanagement, aber auch bei der Planung europäischer Transport- und Energienetze, der Umweltverträglichkeitsprüfung oder europäischen Baunormen Berücksichtigung finden.<sup>7</sup> In einer Reihe von Bereichen wurden bereits konkrete Richtlinien erarbeitet, etwa zum Risikomanagement beim Hochwasserschutz.<sup>8</sup> Auf Bundesebene benennt die „Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ wichtige Handlungsfelder. Sie wird im Frühjahr 2011 um einen „Aktionsplan Anpassung“ ergänzt.<sup>9</sup>

### Klimaschutz: Handlungsfelder für Städte und Regionen

In den Kommunen wird in den Bereichen Wohnen, Gewerbe und Industrie und Stadtverkehr ein großer Teil klimarelevanter Emissionen erzeugt. Zu ihrer Reduzierung stehen den Kommunen vielfältige Handlungsansätze zur Verfügung:

- kommunales Energiemanagement und Förderung energieeffizienter Investitionen;

- 3 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2009): Dem Klimawandel begegnen. Die Deutsche Anpassungsstrategie, Berlin.
- 4 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009): Weißbuch Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen, KOM(2009) 147 endgültig, S. 3.
- 5 Rat der Europäischen Union (2007): Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 8. und 9. März 2007, 7224/07.
- 6 Ebenda.
- 7 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009): Weißbuch Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen, KOM(2009) 147 endgültig, S. 9.
- 8 Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken.
- 9 BMU (2009).





„Mit dem Projekt Baltic Biogas Bus bringen wir gemeinsam den Einsatz von regenerativen Energien im öffentlichen Personennahverkehr im Ostseeraum voran und tragen so zu klimafreundlicher Mobilität und mehr Lebensqualität in unseren Städten bei.“

Steffi Groth, Geschäftsführerin ATI Westmecklenburg gGmbH

- Nutzung von regenerativen Energiequellen und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung;
- Umsetzung einer klimagerechten, energiesparenden Raum- und Bauleitplanung, z.B. durch Festlegungen für den Ausbau erneuerbarer Energiequellen, in denen passive und aktive Nutzung der Sonnenenergie begünstigt und Standorte für Biomasse- und Windkraftanlagen vorgesehen werden;
- umweltverträgliche Verkehrsentwicklung, insbesondere Erarbeitung und Umsetzung von Verkehrsentwicklungsplänen mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung und der Förderung des Umweltverbundes (ÖPNV, Radverkehr und Fußgänger);
- Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit der Städte insbesondere im Energiebereich und im Verkehrssektor;
- umweltfreundliche Beschaffung sowie Abfallvermeidung;
- Öffentlichkeitsarbeit und Beratung im Sinne des Klimaschutzes.

Mit der Erstellung von Klimaschutzkonzepten können Kommunen und Regionen Aufschluss

über ihre spezifischen Potenziale in den Handlungsfeldern erlangen und zugleich Prioritäten festlegen sowie Synergien zwischen verschiedenen Einzelmaßnahmen erschließen.

### Klimaanpassung: Handlungsfelder für Städte und Regionen

Städte und Gemeinden sind in erheblichem Maße von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen: Alarmierende Beispiele dafür sind die Überwärmung von Städten durch die mangelnde Durchlüftung der Innenstädte (fehlende Kaltluftschneisen), ausgetrocknete Flüsse, kollabierende Menschen und einen höheren Energieverbrauch durch den vermehrten Einsatz von Klimaanlage als Folgen von Hitzeperioden sowie durch Starkregen verursachte Hochwasserereignisse und damit verbundene Schäden. Die Kommunen stehen daher vor der Herausforderung, zuerst die spezifischen lokalen Auswirkungen des Klimawandels zu analysieren, geeignete Strategien zur Bewältigung der voraussichtlichen Folgen zu entwickeln und letztlich vorsorgende Maßnahmen umzusetzen.<sup>10</sup> Gefordert sind dabei vor allem Akteure aus den Bereichen der Stadtplanung,

<sup>10</sup> Die kommunalen sowie immobilien- und wohnungswirtschaftlichen Strategien und Potenziale stehen auch im Mittelpunkt eines aktuellen ExWoSt-Forschungsfeldes („Urbane Strategien zum Klimawandel“), siehe [www.stadt-und-klimawandel.de](http://www.stadt-und-klimawandel.de)



## Baltic Biogas Bus – Increase the use of biogas bus in public transport to reduce the emissions in urban areas in the Baltic Sea Region: Nachhaltiger öffentlicher Personennahverkehr

Kooperationsraum: Ostseeraum  
 Förderzeitraum: INTERREG IV B; Juni 2009 bis September 2012  
 Lead Partner: Stockholm Public Transport Company (SE)  
 Deutsche Projektpartner: ATI erc gGmbH  
 ITC Innovations- und Trendcenter GmbH

[www.balticbiogasbus.eu](http://www.balticbiogasbus.eu)

Mit dem Projekt Baltic Biogas Bus sollen Städte und Regionen im Ostseeraum dazu ermutigt werden, Biogas als Treibstoff im öffentlichen Personennahverkehr einzusetzen. Dazu entwickeln die zwölf Projektpartner – kommunale Verkehrsbetriebe, Forschungseinrichtungen und öffentliche Verwaltungen aus acht Ostseeanrainerstaaten – Strategien und Instrumente, um den Einsatz von Biogas zum Antrieb von Bussen und Maßnahmen zu fördern, die dabei helfen, regionale Versorgungsstrukturen zu etablieren. Technologische Aspekte, die dabei zu klären sind, umfassen die Frage, welches Potenzial zur Produktion von Biogas in den Modellstädten zur Verfügung steht, die Weiterentwicklung von Methoden zur Aufbereitung von Biogas, die Planung notwendiger Infrastrukturen an Busdepots und die Umrüstung entsprechender Fahrzeugflotten sowie Aspekte der Betriebssicherheit.

Durch die stärkere Nutzung von Biogas im Stadtverkehr können der Ausstoß von Kohlendioxid vermindert und zugleich die Luftqualität gesteigert werden. Die Verwendung von organischen Reststoffen aus Haushalten, Restaurants, der Nahrungsmittelindustrie und Kläranlagen, die vor Ort anfallen, trägt zur Energieautarkie bei. Wichtige Ergebnisse des Projekts werden technologische Machbarkeitsstudien zur Produktion von Biogas, zur Herstellung der notwendigen Infrastruktur sowie zur Umrüstung von Busflotten, Kosten-Nutzen-Analysen und ein transnationaler Vergleich gesetzlicher und finanzieller Rahmenbedingungen sein. Die Verbreitung der Projektergebnisse erfolgt durch die Einbeziehung von relevanten Zielgruppen in Seminaren und Konferenzen sowohl auf transnationaler als auch auf regionaler Ebene, permanente Ausstellungen bei einzelnen Projektpartnern sowie ein Handbuch, das interessierten Städten die Erarbeitung von Plänen für die Einführung von Biogasbussen ermöglichen soll.

des Umwelt- und Naturschutzes, der Infrastrukturplanung – insbesondere der Wasserver- und -entsorgung sowie der Energieversorgung –, des Gesundheitswesens und der Öffentlichkeitsarbeit.

Entsprechend der komplexen Problemlagen sind die Strategieentwicklung und die Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen für folgende Handlungsfelder in Abhängigkeit von örtlichen geographischen und klimatischen Bedingungen von besonderer Relevanz:

- Erhaltung und Schaffung von klimatisch begünstigenden Grünstrukturen und -flächen, um eine Überhitzung (inner)städtischer Gebiete zu vermeiden, einschließlich der Begrünung von Straßenzügen und Parkplätzen zur Reduktion der Aufheizung von versiegelten Flächen;
- Berücksichtigung des zunehmenden Hitzestresses bei der Planung und Realisierung von Gebäuden zur Verringerung des Wärmeinseleffekts;
- vorsorgende Maßnahmen zur Bewältigung von Starkregenereignissen (z.B. Retentionsflächen),
- Hochwasservorsorge und -schutz an gefährdeten Flusseinzugsgebieten, was auch eine Freihaltung von Flächen von (zusätzlicher) Bebauung einschließen kann.

Der regionalen Ebene kommt eine wichtige Rolle zu, um die spezifischen Gegebenheiten und möglichen Risiken des Klimawandels abzuschätzen und lokal erforderliche Maßnahmen in regionale Strategien einzubinden. Dafür müssen die vorhandenen formellen raumordnerischen Instrumente (z.B. Regionalpläne) weiterentwickelt und um geeignete kooperativen Instrumente wie Netzwerke, diskursive Planungsprozesse oder räumliche Leitbilder und Szenarien ergänzt werden. Auch gilt es, auf regionaler Ebene Klimaschutz- und Anpassungsstrategien zu verknüpfen sowie relevante Fachverwaltungen und weitere Akteursgruppen zusammenzubringen.<sup>11</sup> Im Rahmen des Modellvorhabens „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ fördert der Bund gegenwärtig die Entwicklung und erste Umsetzung regionaler Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien in acht Modellregionen.<sup>12</sup>



### Transnationale Dimension von Klimaschutz und Klimawandel

Die Möglichkeiten für Klimaschutzaktivitäten und die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse unterscheiden sich aufgrund der natürlichen Gegebenheiten innerhalb Europas beträchtlich. Innerhalb der Kooperationsräume des INTERREG-Programms verfügen Regionen jedoch oftmals über ähnliche Potenziale, die Anknüpfungspunkte für einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch und die Entwicklung gemeinsamer Lösungen sein können – so zum Beispiel bei der Förderung von erneuerbaren Energien: Im Nordsee- und Ostseeraum eröffnet die Windenergieerzeugung auf dem Meer interessante Chancen, während hingegen Mitteleuropa ein großes Potenzial an Biomasse aufweist und der Mittelmeerraum die besten Bedingungen für die Nutzung der Solarenergie bietet.

Auch im Hinblick auf die Folgen des Klimawandels gibt es innerhalb der einzelnen Programmräume von INTERREG B ähnliche Problemlagen und Handlungserfordernisse. So müssen sich alle Küstenregionen im Nord- und Ostseeraum auf den Anstieg des Meeresspiegels vorbereiten, etwa durch geeignete Maßnahmen des Küstenschutzes. Hinzu kommt, dass in zahlreichen Handlungsfeldern der Klimaanpassung Problemlösungen nur mittels transnationaler Kooperationen sinnvoll angegangen werden können. Beispielsweise machen die Gefahren verstärkter Extremwetterereignisse in den Einzugsgebieten großer Flüsse wie Rhein, Donau und Elbe eine länderübergreifende Zusammenarbeit in Großregionen für die Entwicklung transnationaler Strategien im Hochwasserschutz notwendig.

<sup>11</sup> Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2009): Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel. Ein MORO-Forschungsfeld, MORO-Informationen 7/1, Berlin.

<sup>12</sup> Weitere Informationen zu diesem Modellvorhaben der Raumordnung unter [www.klimamoro.de](http://www.klimamoro.de).



„Die Motivation für ELLA und LABEL: Hochwasser stoppt nicht an Staats-, Landes- oder Verwaltungsgrenzen. Deshalb ist es völlig klar, dass das Thema Hochwasser entlang der Elbe nur gemeinsam mit unseren Nachbarn bearbeitet werden kann.“

Andreas Kühl, Sächsisches Staatsministerium des Innern, Dresden

### **Klimaschutz und Klimaanpassung: Handlungsfelder in INTERREG IV B**

In dieser Broschüre werden ausgewählte INTERREG-Projekte vorgestellt, die beispielhaft die verschiedenen Handlungsfelder transnationaler Aktivitäten zum Klimawandel aufzeigen. Beiträge zum **Klimaschutz** finden sich in Projekten, die sich mit der Reduktion von Treibhausgasemissionen in unterschiedlichen Sektoren (z.B. Verkehr, Wohnen, Wirtschaft) befassen oder die eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien befördern:

- umweltfreundliche Mobilität: Ob Stadtbusse auf Biogasbasis im Projekt Baltic Biogas Bus oder Elektromobilität im Alpenraum im Projekt CO<sub>2</sub>NeuTrAlp – erklärtes Ziel dieser Projekte ist die Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen mittels umweltfreundlicher Treibstoffe, alternativer Antriebstechnologien und klimafreundlicher Mobilitätskonzepte;
- Energieeffizienz und Energieeinsparung: Diese Bereiche werden beispielsweise in den Projekten Livinggreen.eu und Longlife im Gebäudebereich thematisiert. Das Projekt ANSWER fördert die Energieeffizienz in Unternehmen. Auch städtische und regionale Energiekonzepte sind Gegenstand transnationaler Aktivitäten;
- Nutzung erneuerbarer Energien: Eine größere Zahl von Projekten beschäftigt sich mit der Nutzung von Biomasse (z.B. RUBIRES, Bioenergy Promotion). Zudem gibt es Vorhaben in den Bereichen Windenergie (POWER cluster), Geothermie und Wasserkraft. Konzepte zur Harmonisierung der Erzeugung und des Verbrauchs regenerativer Energien erarbeitet das Projekt AlpEnergy.



### **Adaptation to flood risk in the Labe-Elbe river basin (LABEL): Transnationaler Hochwasserschutz**

Kooperationsraum: Mitteleuropa  
Förderzeitraum: INTERREG IV B; September 2008 bis Februar 2012  
Lead Partner: Sächsisches Staatsministerium des Innern (D)  
Deutsche Projektpartner: Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt; Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz und Umwelt; Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft; Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie; Landkreis Ludwigslust; Bundesanstalt für Gewässerkunde; Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

[www.ella-interreg.org](http://www.ella-interreg.org), [www.label-eu.eu](http://www.label-eu.eu)

Das Elbhochwasser von 2002 verdeutlichte Politik und Gesellschaft in dramatischer Form die Notwendigkeit eines verbesserten vorbeugenden Hochwasserschutzes auch über Ländergrenzen hinweg. Im INTERREG III B-Projekt ELLA (ELBE-LABE spatial planning flood management strategy) wurde erstmals eine gemeinsame transnationale Strategie der Raumordnung zum vorsorgenden Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Elbe (tschechisch: Labe) erarbeitet. In einer gemeinsamen Erklärung vereinbarten die Projektpartner aus Deutschland, Polen, Österreich, Tschechien und Ungarn im Jahr 2006, das Netzwerk für die weitere transnationale Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz zu nutzen und auszubauen.

Dies erfolgt unter anderem durch das INTERREG IV B-Folgeprojekt LABEL. Auf Grundlage der im Projekt ELLA erarbeiteten Übersichtskarten der Hochwassergefahrenstellen und des grundlegenden Aktionsplans für die zukünftige Hochwasserminderung werden in LABEL nun ausgewählte Aktionen umgesetzt, um die Methoden und Instrumente des Hochwasserrisikomanagements im Einzugsgebiet der Elbe sowie in benachbarten Flussgebieten zu verbessern. Dabei verfolgt die Projektpartnerschaft, an der staatliche Akteure unterschiedlicher Ebenen aus Raumordnung und Wasserwirtschaft aller Länder im Einzugsgebiet der Elbe beteiligt sind, mehrere Ziele. Eine gemeinsame Strategie soll zur Vereinheitlichung der Risikomanagementsysteme und -instrumente der Anrainerstaaten erarbeitet werden. Dazu werden beispielsweise Empfehlungen für die Erstellung von Hochwasserrisikokarten in der Raumplanung formuliert. Die Projektpartner entwickeln neue Instrumente für die Berechnung und Erstellung von Überschwemmungs- und Gefahrenhinweiskarten, die eine Visualisierung von Wasserständen erlauben. Mit der exemplarischen Erarbeitung von Risikomanagementplänen für die Weiße Elster bietet sich im Projekt LABEL die Chance, die Erfordernisse der neuen EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie transnational abzustimmen. Zudem werden mit dem Tourismus und der Schifffahrt neue Bereiche auf eine hochwassergerechte Entwicklung hin beurteilt.

Die transnationale Zusammenarbeit für Strategien und Maßnahmen zur **Anpassung an den Klimawandel** erfolgt in einer Reihe unterschiedlicher Handlungsfelder:

- (Risiko-)Analyse Klimawandel: Projekte wie ClimChAlp (INTERREG III B) beschäftigen sich mit den regionalspezifischen Auswirkungen des Klimawandels und den dadurch hervorgerufenen Risiken;
- Wasserhaushalt, Küsten- und Meeresschutz: Diese Projekte befassen sich mit den vielfältigen Folgen des Klimawandels für den Wasserhaushalt: Hochwasser (zum Beispiel das Projekt LABEL), Sturmfluten sowie Wasserknappheit und diesbezügliche Anpassungsstrategien;
- Land- und Forstwirtschaft: In diesem Handlungsfeld untersucht eine Reihe von Projekten die klimabedingten Veränderungen in der Wald- und Landwirtschaft.<sup>13</sup> Sie beschäftigen sich mit Managementansätzen zum Umgang mit den Veränderungen und erarbeiten Schutzmechanismen, um u.a. die Waldbrandgefahr zu senken;
- Schutz der Biodiversität: Mit diesen Projekten sollen die Artenvielfalt, die durch den Klimawandel bedroht wird, geschützt und ökologische Netzwerke aufgebaut werden;<sup>14</sup>

## Herausforderung Klimawandel: Handlungsfelder im Rahmen von INTERREG IV B



Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik.

- Raumplanung: Projekte wie Future Cities und CLISP erarbeiten Lösungsansätze für eine klimabeständige Stadt- bzw. Regionalplanung, um etwa klimabedingte Belastungen und Gefahrenpotenziale zu reduzieren;
- Katastrophenschutz: In diesen Projekten werden transnationale Strategien entwickelt, um bei Wetterunbilden, Schiffsunglücken und Ölkatastrophen schnell und koordiniert auf transnationaler Ebene reagieren zu können (zum Beispiel das Projekt LABEL).

<sup>13</sup> Zum Beispiel das Projekt MANFRED – Management strategies to adapt Alpine Space forests to climate change risks (Alpenraum) (im Rahmen dieses Forschungsprojekts nicht weiter untersucht).

<sup>14</sup> Zum Beispiel das Projekt HABIT-CHANGE – Adaptive management of climate-induced changes of habitat diversity in protected areas (Mitteleuropa) (im Rahmen dieses Forschungsprojekts nicht weiter untersucht).



„Die zusätzlichen Ressourcen und der rege Erfahrungsaustausch im Projekt ANSWER sind sehr hilfreich, um unsere Aktivitäten zur Förderung von Umweltmanagement und Energieeffizienz in Unternehmen weiterzuentwickeln.“

Dr. Christof Voßeler, Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

### 3. WIE TRANSNATIONALE INTERREG-PROJEKTE KLIMASCHUTZ UND KLIMAAANPASSUNG VORANBRINGEN

#### 3.1 Mehrwert für Städte und Regionen

Projektarbeit auf europäischer Ebene ist mit besonderen Herausforderungen verbunden. So muss in transnationalen Projekten eine Vielzahl von Partnern mit unterschiedlichen fachlichen Hintergründen und Arbeitsstilen zusammenfinden. Bei allen strukturellen Gemeinsamkeiten innerhalb der einzelnen Kooperationsräume gibt es auch beim Klimaschutz und der Klimaanpassung meist unterschiedliche Ausgangssituationen, Problemverständnisse und Politikansätze, für die im Rahmen der Projektarbeit erst eine „gemeinsame Sprache“ gefunden werden muss. Historische und kulturelle Gemeinsamkeiten innerhalb der Kooperationsräume und gemeinsame Problemlagen können dabei die Verständigung und Zusammenarbeit erleichtern. Dennoch benötigt die Erarbeitung gemeinsamer Politikstrategien oder die Entwicklung und Umsetzung konkreter Instrumente und Maßnahmen durch Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft

in transnationalen Konsortien zweifellos Zeit und Ausdauer. Dass Klimaschutz und Klimaanpassung trotz dieser vielfältigen Herausforderungen erfolgreich in transnationalen INTERREG-Projekten vorangebracht werden können, machen die „guten Beispiele“ deutlich, die für diesen Bericht untersucht wurden. Die Projekte umfassen verschiedene Handlungsfelder und spiegeln damit die thematische Bandbreite des INTERREG-Programms zum Umgang mit dem Klimawandel wider. Sie reichen von der Förderung erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz von Gebäuden und Produktionsprozessen, dem klimafreundlichen Verkehr bis hin zu Anpassungsmaßnahmen im Städtebau, in der Raumplanung und beim Hochwasserschutz. Im Folgenden wird projektübergreifend dargestellt, welcher Mehrwert für die beteiligten Städte und Regionen durch die europäische Kooperation entstanden ist.<sup>15</sup>

15 Wirkungen und Nutzen von transnationalen Projekten wurden themenfeldübergreifend in einem weiteren MORO-Projekt durch die FORUM GmbH untersucht. Teilweise sind Begrifflichkeiten und Konzepte dieser Untersuchung hier aufgegriffen und weiterentwickelt worden, vgl. BMVBS/BBR (Hrsg.): Wirkungen und Nutzen von transnationalen Projekten, Reihe Forschungen, Heft 136, Bonn 2009.



#### A North Sea Way to Energy-Efficient Regions (ANSWER): Energieeffizienz in Unternehmen

Kooperationsraum: Nordseeraum  
 Förderzeitraum: INTERREG IV B; September 2008 bis August 2011  
 Lead Partner: Suffolk County Council (UK)  
 Deutsche Projektpartner: Bremer Energie-Konsens GmbH; Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa des Landes Bremen; RKW Bremen GmbH

[www.answerproject.eu](http://www.answerproject.eu)

Ziel des Projekts ANSWER ist die Reduzierung des Energieverbrauchs durch die Entwicklung energieeffizienter Lösungen für Kommunen, Gewerbe und Industrie. Die beteiligten Kommunen und Regionen aus Deutschland, Belgien, Großbritannien und Norwegen engagieren sich alle bereits mit verschiedenen Instrumenten in der Förderung von Energieeinsparung und Energieeffizienz in Unternehmen. ANSWER bietet den Projektpartnern die Möglichkeit, sich über die große Bandbreite innovativer und bei einzelnen Partnern bereits bewährter Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung auszutauschen und dieses Know-how für die Entwicklung eigener Angebote zu nutzen. Im Mittelpunkt der gemeinsamen Betrachtung stehen 18 Maßnahmen der Projektpartner, mit denen bislang 3.000 Unternehmen erreicht wurden: Netzwerke und Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand und Unternehmen, Zertifikate und Vereinbarungen zum betrieblichen Klimaschutz, Wettbewerbe sowie Runde Tische. Zur Halbzeit des Projekts hatten sich bereits über 1.800 neue Unternehmen an diesen bestehenden sowie im Rahmen von ANSWER neu entwickelten Angeboten beteiligt.

In Bremen konnte beispielsweise durch das Projekt die zweite Auflage des „Effizienztischs NordWest“ gestartet werden, ein Angebot für Unternehmen verschiedener Branchen zur Steigerung der betrieblichen Energieeffizienz. Mit Hilfe externen Sachverständs werden dabei die Einsparpotenziale der beteiligten Unternehmen untersucht und betriebsbezogene Effizienzziele formuliert. Die Umsetzung wird daraufhin drei Jahre lang begleitet, wobei dem Erfahrungsaustausch zwischen den teilnehmenden Unternehmen eine große Rolle zukommt. Aus Flandern wurde in Bremen auch die Idee der „Energy Clubs“ aufgegriffen, in denen Kleinunternehmen eine branchenspezifische Beratung zur Energieeffizienz erhalten. Für Bremen stellen die durch ANSWER angestoßenen und weiterentwickelten Angebote einen konkreten Beitrag zur Umsetzung des Klima-Energie-Programms der Hansestadt und der darin formulierten Reduktionsziele dar.

### Kennenlernen bewährter Politikansätze ausländischer Projektpartner

Der Erfahrungsaustausch über erfolgreiche Strategien und wirksame Instrumente mit Partnern aus anderen europäischen Ländern ist ein wichtiges Merkmal des INTERREG-Programms, das sich auch bei transnationalen Projekten zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung wiederfindet. Das Kennenlernen bewährter Politikansätze aus anderen Regionen regt die beteiligten Akteure oftmals dazu an, Aspekte zu übernehmen und gemäß den eigenen Gegebenheiten weiterzuentwickeln. So werden in Bremen nun im Rahmen des Projekts ANSWER nach einem belgischen Modell mit sogenannten „Energy Clubs“ niedrigschwellige, branchenspezifische Beratungsangebote für das betriebliche Energiemanagement in Kleinunternehmen geschaffen. Aus Norwegen kommt die Idee der Energiehöfe – Demonstrations- und Schulungszentren für die nachhaltige Produktion von Biomasse –, deren Umsetzung im Projekt Bioenergy Promotion nun auch in Brandenburg geprüft wird. Dass der Zugriff auf den Erfahrungsschatz anderer Projektpartner auch



systematisiert werden kann, zeigt das Projekt Future Cities. Hier wurde eine „Twinning-Methode“ entwickelt, die Informationsbedarfe und Expertise aus den acht beteiligten nordwesteuropäischen Städten und Kommunalverbänden rund

### Longlife – Sustainable, energy efficient and resource saving residential buildings with consideration of unified procedures and new and adapted technologies: Nachhaltiges und energieeffizientes Bauen

Kooperationsraum: Ostseeraum  
 Förderzeitraum: INTERREG IV B; Oktober 2008 bis Januar 2012  
 Lead Partner: Technische Universität Berlin (D)  
 Deutsche Projektpartner: ProPotsdam GmbH; Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V.  
[www.longlife-world.eu](http://www.longlife-world.eu)

Im Projekt Longlife erarbeiten universitäre Einrichtungen, öffentliche Verwaltungen und Wohnungsbaugesellschaften aus Dänemark, Deutschland, Litauen, Polen und Russland gemeinsame Standards für den nachhaltigen Wohnungsbau im Ostseeraum. Auf Grundlage der spezifischen Gegebenheiten des Ostseeraumes entwickeln sie einen national und regional anpassbaren Gebäudeprototyp im Mehrgeschosswohnungsbau, dessen Umsetzung von den beteiligten Wohnungsbaugesellschaften angestrebt wird. Ziel ist es dabei, unter Beachtung des Gebäudelebenszyklus neue Technologien und Verfahren im Bereich des ressourcensparenden, energieeffizienten Bauens anzuwenden sowie nachhaltige Bewirtschaftungsmodelle und vereinheitlichte Genehmigungsverfahren auszuarbeiten. Auch die Möglichkeit der Nachhaltigkeitszertifizierung des Gebäudeprototyps, etwa in Form eines eigenen „Performance-Passes“, wird von den Projektpartnern geprüft. Die Projektergebnisse sollen auch auf andere Gebäudetypen wie Kindergärten oder Bürogebäude übertragbar sein.

Architektonische Lösungsansätze werden unter anderem in studentischen Design Classes an mehreren beteiligten Hochschulen entwickelt. Gleichzeitig werden von den beteiligten Wohnungsbaugesellschaften Finanzierungs- und Instandhaltungsmodelle entworfen, die die Marktfähigkeit des Pilotprojektes gewährleisten. Zudem werden Empfehlungen zur Ausgestaltung nationaler und europäischer Förderprogramme im Bereich des nachhaltigen Bauens entwickelt. Die transparente Darstellung der unterschiedlichen nationalen Genehmigungsvorschriften in Form einer Publikation stellt ein weiteres Projektergebnis dar, das Planern und Investoren die Realisierung transnationaler Vorhaben erleichtern soll. Die Projektpartner streben darüber hinaus die EU-weite Harmonisierung von Bauvorschriften an und werden entsprechende Politikempfehlungen formulieren. Die weitere Verstetigung und Verbreitung der Projektergebnisse soll im Rahmen einer Baltic Sea Housing Development Association (BASHDA) erfolgen.





„Mit dem Projekt Bioenergy Promotion können wir unsere Region als Standort für erneuerbare Energien stärken und eröffnen einheimischen Unternehmen wichtige Technologie- und Geschäftskontakte im Ostseeraum.“

Torsten Stehr, Industrie- und Handelskammer Potsdam

12

um die Anpassung urbaner Infrastrukturen an den Klimawandel systematisch zusammenbringt.

### **Labor zur gemeinsamen Umsetzung innovativer Ideen für Klimaschutz und -anpassung**

Innovative Problemlösungen sind oftmals mit besonderen Risiken verbunden. Dies gilt gerade für relativ neue Handlungsfelder, die mit hohen Unsicherheiten verbunden sind und zu denen in Kommunen und Regionen noch wenige Erfahrungswerte vorliegen. Hier können INTERREG-Projekte helfen, die Brücke zwischen Technologieentwicklung und Anwendung zu schließen. Als ein Hindernis für einen Ausbau der erneuerbaren Energien gelten die Schwankungen in der Energieproduktion, insbesondere bei der Wind- und der Solarenergie. Im Projekt AlpEnergy arbeiten Energieversorger und Regionalentwickler aus dem Alpenraum zusammen, um im Rahmen von neuartigen Stromversorgungskonzepten die

Erzeugung und den Verbrauch von Strom aus regenerativen Energiequellen zeitlich zu harmonisieren. Für die pilothafte Umsetzung solcher Virtual Power Systems gilt es, neue Technologie-, Kooperations- und Geschäftsmodelle – etwa im Zusammenhang mit flexiblen Stromtarifen – zu entwickeln. Die Erprobung alternativer Antriebstechnologien im Verkehrsbereich ist Ziel des Projektes CO<sub>2</sub>NeuTrAlp. Gerade bei der Elektromobilität sind hohe Anfangsinvestitionen in Fahrzeuge und die notwendige Infrastruktur Hürden für einen breiteren Einsatz.

In der Pilotregion Allgäu wurde ein Verleihsystem für Elektrofahrräder (Pedelecs) eingerichtet, das Besuchern angesichts hügeliger Topographie klimafreundliche Fahrradtouren von Ort zu Ort erleichtert. Dabei experimentieren einzelne Projekte mit speziellen Formaten, um den Wissenstransfer und Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu bewerkstelligen. Im Projekt Livinggreen.eu

## **The Baltic Sea Region Bioenergy Promotion Project (Bioenergy Promotion): Nachhaltigkeitsstandards für die Bioenergie**

Kooperationsraum: Ostseeraum  
Förderzeitraum: INTERREG IV B; Januar 2009 bis Januar 2012  
Lead Partner: Swedish Energy Agency (SE)  
Deutsche Projektpartner: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU); Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR); Industrie- und Handelskammer Potsdam; Landkreis Nordwestmecklenburg; Landwirtschaftskammer Niedersachsen; Universität Rostock

[www.bioenergypromotion.net](http://www.bioenergypromotion.net)

Im Projekt Bioenergy Promotion arbeiten über 30 nationale und regionale Behörden, Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Fachverbände aus dem Ostseeraum zusammen, um die nachhaltige Erzeugung und Nutzung von Biomasse im Strom-, Wärme-/Kühlungs- und Kraftstoffsektor voranzubringen. Dabei kann das im Rahmen der transnationalen Nachhaltigkeitsplattform Baltic 21 entwickelte Projekt auch auf die Ergebnisse und Netzwerkstrukturen aus dem INTERREG III B-Projekt Baltic Biomass Network zurückgreifen.

Schwerpunkte des Projektes sind die Optimierung politischer Rahmenbedingungen und Förderstrategien auf nationaler und regionaler Ebene, die Entwicklung regionaler Strategiekonzepte und der Ausbau von Geschäftsbeziehungen durch Unternehmensnetzwerke und -kooperationen. Diese Ziele spiegeln sich in drei thematischen Arbeitspaketen wider: (a) „Policy“, (b) „Regions“, (c) „Business“. Im Rahmen des Projektes werden u.a. Nachhaltigkeitskriterien für die Erzeugung von Bioenergie entwickelt und operationalisiert. Dabei werden Empfehlungen für eine politische Feinsteuerung insbesondere im Bereich der festen und gasförmigen Biomasse formuliert. Hier existieren im Unterschied zu Biokraftstoffen und flüssigen Bioenergieträgern bislang keine verbindlichen EU-Nachhaltigkeitsstandards. Dadurch können wichtige Grundlagen für regionale und nationale, aber auch europäische Entscheidungsträger formuliert werden. Des Weiteren werden bestehende Zertifizierungssysteme in diesem Bereich untersucht und Vorschläge zu deren Optimierung erarbeitet.

Auf regionaler Ebene erfolgt eine Sammlung und gemeinsame Bewertung von Praxisbeispielen der nachhaltigen Erzeugung und Nutzung von Biomasse. Zudem werden in mehreren Regionen neue Vorhaben durch Machbarkeitsstudien unterstützt und wissenschaftlich begleitet. Darüber hinaus werden Entscheidungshilfen zur Unterstützung privatwirtschaftlicher Investitionen in Biomassennutzung erarbeitet. Mit einem elektronischen Marktplatz wollen die Projektpartner den bereits in Ansätzen vorhandenen wirtschaftlichen und technologischen Austausch im Kooperationsraum weiter unterstützen.



etwa kommen mit den Livinggreen-Labs und den Reno-Teams neuartige Formate der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Praktikern zum Einsatz, um die gemeinsame Entwicklung von Ideen und Problemlösungen zu konkreten Fragen der energetischen Gebäudesanierung zu erleichtern.

### Entwicklung von Standards und Erprobung von Richtlinien

Zur Erreichung ihrer Klimaschutzziele haben EU und Mitgliedstaaten verschiedene Richtlinien und Gesetze erlassen. Diese betreffen beispielsweise den Energieverbrauch von Gebäuden, einem Sektor, der in Deutschland immerhin für rund 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs und rund ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist. So dürfen nach der Europäischen Gebäuderichtlinie Neubauten ab 2020 praktisch keine Energiezufuhr mehr benötigen. Das Projekt Longlife greift diese Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden auf und verknüpft sie mit einer Lebenszyklusbetrachtung, die auch die Nachhaltigkeit von Baustoffen und der Gebäudebewirtschaftung berücksichtigt. Wissenschaftler, Wohnungsbaugesellschaften und öffentliche Verwaltungen aus fünf Ländern des Ostseeraumes arbeiten in diesem Projekt daran, einen Prototyp für ein nachhaltiges Wohngebäude zu entwerfen, der die kulturellen und klimatischen Gegebenheiten des Kooperationsraumes berücksichtigt. Dabei werden ein Nachhaltigkeitszertifikat sowie länderübergreifende Planungs- und Genehmigungsstandards entwickelt, die zukünftig Investitionen in nachhaltigen Wohnungsbau und transnationale Geschäftsaktivitäten erleichtern.

Im Projekt Bioenergy Promotion arbeiten Wissenschaftler, Behörden und Bioenergieproduzenten verschiedener Ostseeanrainerstaaten zusammen, um Prinzipien und Kriterien für eine nachhaltige Erzeugung und Nutzung von Biomasse zu erarbeiten. Im Unterschied zu Biokraftstoffen und flüssigen Bioenergieträgern hat die EU im Bereich der festen und gasförmigen Biomasse bislang auf verbindliche Standards verzichtet, sondern lediglich Empfehlungen formuliert. Die im Projekt entwickelten Kriterien und Empfehlungen ergänzen daher den bestehenden Politikrahmen auf EU-Ebene und dienen einer politischen Feinsteuerung auf nationaler und regionaler Ebene. Sie sollen unter anderem dazu beitragen, dass der Anbau und die Nutzung von Biomasse – wie etwa Energiemais oder Holz



– nicht zu Lasten der Artenvielfalt erfolgen oder gewachsene Kulturlandschaften gefährden. Die Projektergebnisse werden somit sowohl für den Kooperationsraum als auch für die europäische Ebene Grundlagen für die Prüfung weiterer Regelungsbedarfe bieten.

Der Klimawandel erfordert auch die Überprüfung des bestehenden Instrumentariums der Stadt- und Regionalplanung. So müssen beispielsweise durch Extremniederschläge gefährdete Areale identifiziert und planerisch freigehalten werden. Im Rahmen des Projekts CLISP arbeiten Verwaltungen und Wissenschaftler an derartigen Ansätzen für eine klimabeständige Raumplanung im Alpenraum. So wird mit Hilfe von zwei oberbayerischen Modellkommunen geprüft, inwieweit die bestehenden Regelungen der Bauleitplanung weiterentwickelt werden müssen.

### Umsetzung wichtiger Schlüsselmaßnahmen durch Pilotinvestitionen

Auch wenn im Unterschied zu anderen Förderprogrammen der europäischen Strukturpolitik bei INTERREG investive Maßnahmen eine untergeordnete Rolle spielen, werden in einigen untersuchten Projekten gezielt konkrete Gebäude und Anlagen mit Modellcharakter kofinanziert. Im Projekt Livinggreen.eu sind in Ludwigsburg und in vier weiteren Städten Nordwesteuropas denkmalgeschützte Gebäude instand gesetzt worden. Die so entstandenen Nachhaltigkeitszentren sind Demonstrationsobjekt sowie Schulungs- und Beratungszentren für interessierte Planer, Bauhandwerker und Immobilieneigentümer.



„Durch die enge Zusammenarbeit mit anderen ländlichen Regionen in ganz Mitteleuropa im Projekt RUBIRES erhalten wir wichtige Anregungen, wie wir noch ungenutzte Biomassepotenziale erschließen und wirtschaftlich nutzen können.“

Steffen Kunert, Geschäftsstellenleiter Regionale Planungsgemeinschaft Altmark, Salzwedel

In Ludwigsburg wird für das Energetikom – Zentrum für Energiekompetenz und Ökodesign e.V. gemeinsam mit verschiedenen lokalen Partnern ein leer stehendes Industriegebäude nach Maßstäben der Nachhaltigkeit saniert und umgenutzt.

Aufgrund der bereits spürbaren und erwarteten Auswirkungen des Klimawandels müssen Kommunen ihre bestehenden Siedlungsstrukturen widerstandsfähiger gegenüber Extremwetterereignissen gestalten.

Im Rahmen des Projekts Future Cities gestalten die Emschergenossenschaft und die Stadt Bottrop in Zusammenarbeit mit den dort angesiedelten Unternehmen ein bestehendes Gewerbegebiet um und konzentrieren sich dabei auf die Schlüsselkomponenten Grünstrukturen, Energieeffizienz und Wasser. Die geplanten Pilotinvestitionen zeigen auch Synergien zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung auf. So werden Dachbegrünungen der Industriehallen zu einer Verbesserung des Innenraumklimas auch bei hohen Außentemperaturen führen und gemein-

sam mit Flächenentsiegelungen und dezentralen Regenrückhaltebecken gleichzeitig die Kanalisation bei Starkregen entlasten.

### **Grundlage für gezielten Fördermitteleinsatz und private Folgeinvestitionen**

INTERREG-Projekte schaffen vielfach die notwendigen Voraussetzungen für ein stärkeres öffentliches und privates finanzielles Engagement für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Die deutschen Beteiligten des Projekts CO<sub>2</sub>NeuTrAlp entwickelten die konzeptionellen Grundlagen für die Erprobung von Elektrofahrzeugen im Allgäu. Nun fließen im Rahmen des nationalen Förderprogramms „Informations- und Kommunikationstechnologien für Elektromobilität“ Bundesmittel für den Betrieb einer Flotte von 50 elektrisch angetriebenen Pkw zur Miete und gemeinschaftlichen Nutzung (Carsharing) ins Allgäu. Sowohl in der Altmark als auch in der Region Havelland-Fläming können die Arbeiten aus dem Projekt RUBIRES zur Bildung regionaler Wertschöpfungsketten im Bereich der Bioenergie mit national geförderten Akti-

## **Rural Biological Resources (RUBIRES): Regionale Konzepte zur effizienteren Nutzung von Bioenergie**

Kooperationsraum:	Mitteleuropa
Förderzeitraum:	INTERREG IV B; Januar 2009 bis Dezember 2011
Lead Partner:	Regionale Planungsgemeinschaft Altmark (D)
Deutsche Projektpartner:	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, Kreisverwaltung Burgenlandkreis, isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige GmbH

[www.rubires.eu](http://www.rubires.eu)

In ländlichen Regionen, die von den strukturellen Veränderungen der Landwirtschaft besonders betroffen sind, bietet die Nutzung erneuerbarer Energien neue Entwicklungsperspektiven. Das Projekt RUBIRES, dem Partner aus Deutschland, Italien, Österreich, Slowenien und Ungarn angehören, hat sich aus diesem Grund die Steigerung der Biomassenutzung und der darauf basierenden regionalen Wertschöpfung zur Aufgabe gemacht. Die beteiligten Institutionen, darunter Planungsgemeinschaften und Regionalentwicklungsagenturen, erfassen die Angebots- und Nachfragesituation der regionalen Biomasse, analysieren die diesbezüglichen Steuerungsmöglichkeiten der Raumplanung, unterstützen den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und leisten begleitende Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Analyse der regionalen Potenziale und Bedarfe an Biomasse bildet den Ausgangspunkt für ein verbessertes Stoffstrommanagement. Dazu wurde beispielsweise für die Altmark bereits in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen ein GIS-Werkzeug entwickelt. Über regionale Wertschöpfungspartnerschaften werden Produzenten von Biomasse, Anlagenbetreiber und Energieverbraucher stärker miteinander verknüpft und damit auch Möglichkeiten der Effizienzsteigerung – beispielsweise im Zusammenhang mit Kraft-Wärme-Kopplung – vorangetrieben. Durch Machbarkeitsstudien wird die Verwertung bislang ungenutzter Stoffpotenziale etwa aus der Landschaftspflege vorbereitet. Der transnationale Austausch über Planungsinstrumente bildet die Grundlage für die Formulierung von Empfehlungen für ein gezielteres regionales Landnutzungsmanagement.

Als ein Baustein zur Bewusstseinsbildung wurde ein Wettbewerb durchgeführt, bei dem in den beteiligten Projektregionen Schülerinnen und Schüler Projekte zum Thema Biomasse durchführten. Transnationale Exkursionen und Workshops trugen vielfach zum Ideentransfer in Politik und Verwaltung bei.



vitäten aus dem Bioenergieregionen-Wettbewerb bzw. der Forschungsförderung zum nachhaltigen Landmanagement verknüpft werden.

Die vielfältigen Informations- und Beratungsangebote zur Energieeinsparung und Energieeffizienz, die im Rahmen der INTERREG-Projekte geschaffen und weiterentwickelt werden, regen die jeweiligen privaten Zielgruppen zu eigenen Investitionen in den Klimaschutz an. So wurde im Rahmen des Projekts ANSWER beispielsweise in der Metropolregion Bremen-Oldenburg die Neuauflage des „Effizienztischs NordWest“ angestoßen. Dieses Angebot unterstützt Unternehmen bei der Analyse und Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung der betrieblichen Energieeffizienz.

### Unterstützung der Bewusstseinsbildung in Politik und Gesellschaft

INTERREG-Projekte verhelfen dem Anliegen von Klimaschutz und -anpassung in den beteiligten Städten und Regionen oftmals zu einem höhe-



ren Stellenwert. Schon allein die Auswahl und Förderung als „Modellregion“ haben Signalwirkung. Besonders nachhaltig wirken aber die

## The Northern European competence network for offshore wind energy (POWER cluster): Förderung der Offshore-Windenergie

Kooperationsraum:	Nordseeraum
Förderzeitraum:	INTERREG IV B; Juli 2008 bis Juni 2011
Lead Partner:	BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH
Deutsche Projektpartner:	Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa des Landes Bremen; Hochschule Bremerhaven; Gewerbliche Lehranstalten Bremerhaven; Universität Oldenburg; Stiftung Offshore Windenergie; Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Schleswig-Holstein; Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein GmbH

[www.power-cluster.net](http://www.power-cluster.net)

Der Nordseeraum entwickelt sich zunehmend zum wichtigsten Standort für die Windenergieerzeugung auf dem Meer. Um diesen Trend weiter zu unterstützen, strebt das Projekt POWER cluster die Entwicklung eines transnationalen Clusters im Bereich der Offshore-Windenergie an. Dabei können die beteiligten Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Technologiennetzwerken und öffentlicher Hand aus sechs Nordseeanrainerstaaten auf die Strukturen und Ergebnisse des Vorgängerprojekts Pushing Offshore Wind Energy Regions (POWER) aufbauen. Im Mittelpunkt von POWER cluster stehen die zentralen Herausforderungen für die weitere Etablierung der Windenergienutzung auf dem Meer. Diese liegen in der Verfügbarkeit von Fachkräften, der Schaffung von Wertschöpfungsketten, der gesellschaftlichen Akzeptanz der Offshore-Windenergie sowie der Nutzung transnationaler Komplementaritäten.

Im Bereich der Aus- und Weiterbildung ermöglicht das Projekt beispielsweise über den Austausch von Dozenten und Lernmodulen eine Verbreiterung der Bildungsangebote. Im Arbeitspaket Wirtschaft erarbeiten die beteiligten Institutionen verschiedene Markt- und Technologiestudien und schaffen über Präsenzen auf Fachmessen und Kongressen konkrete Möglichkeiten für internationale Geschäftsbeziehungen. Besonders öffentlichkeitswirksam ist die Ausstellung „Faszination Offshore“, die auf einem Museumsschiff eingerichtet wurde und auf ihrer Reise bereits über 42.000 Besucher verzeichnen konnte. Speziell an lokale Entscheidungsträger richtet sich die geplante Mayor's Conference.

Mit einer POWER Declaration hatte bereits das Vorgängerprojekt Empfehlungen für die nationale und europäische Politik zu weiteren Investitions- und Regulierungsbedarfen formuliert. Die Politikempfehlungen von POWER cluster werden voraussichtlich stärker die notwendigen lokalen und regionalen Handlungsbedarfe betreffen – etwa im Bereich der Hafeninfrastrukturen.





„Mit dem Projekt AlpEnergy werden wir die Energiezukunft im Allgäu maßgeblich mitgestalten und Erfahrungen sammeln. Zudem wird durch die Zusammenarbeit mit Partnern aus dem gesamten Alpenraum die Problemstellung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien erörtert und nach gemeinsamen Lösungen gesucht. Denn dieser Zubau wird in den kommenden Jahren eine große Herausforderung an die bestehende Infrastruktur der Energienetze darstellen.“

Dr. Michael Fiedeldey, Bereichsleiter Technik, Allgäuer Überlandwerk GmbH, Kempten (Allgäu)

transnationalen Kontakte und der Erfahrungsaustausch. Die Präsentation konkreter, funktionsorientierter Beispiele im Rahmen von Fachexkursionen inspiriert nicht nur Fachverwaltungen, sondern auch politische Entscheidungsträger. In Projekten zu erneuerbaren Energien wie RUBIRES oder Bioenergy Promotion stellt die Auseinandersetzung mit Vorreiterlösungen für dezentrale, lokale Energieerzeugung („Modell Güssing“) einen solchen Referenzpunkt dar.

Klimaschutz und Klimaanpassung werden jedoch nur über eine Beteiligung breiter gesellschaftlicher Gruppen gelingen, wofür in einzelnen INTERREG-Projekten neue Vermittlungsformen erarbeitet wurden. Die Ausstellung „Faszination Offshore“, die im Projekt POWER cluster entwickelt wurde, setzt sich mit den ökonomischen und ökologischen Auswirkungen der Windenergieerzeugung auf dem offenen Meer auseinander. Untergebracht auf einem Museumsschiff und mehrsprachig ausgestaltet, wurde sie bereits in

zahlreichen Häfen des Nordseeraums von Einheimischen wie Touristen besucht. Im Rahmen eines Wettbewerbs zum Thema Bioenergie wandte sich RUBIRES speziell an weiterführende Schulen. Die prämierten Ideen der rund 100 Teilnehmer fließen in eine Wanderausstellung; die jungen Preisträger aus Deutschland, Italien, Österreich, Slowenien und Ungarn wurden mit einer gemeinsamen Exkursion belohnt.

### 3.2 Transnationale Strategien und Strukturen

Eine Reihe von Merkmalen macht den besonderen Beitrag von INTERREG-Projekten zu Klimaschutz und Klimaanpassung aus. Die zunehmende Umsetzungsorientierung und die Möglichkeiten, mit Hilfe der Kofinanzierung Freiräume für experimentelle Ansätze zu schaffen, wurden bereits im vorangegangenen Kapitel angesprochen. Ein Alleinstellungsmerkmal des Programms ist der geographische Zuschnitt der



## Virtual Power Systems as an Instrument to Promote Transnational Cooperation and Sustainable Energy Supply in the Alpine Space (AlpEnergy): Virtuelle Stromversorgungssysteme zur Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung im Alpenraum

Kooperationsraum: Alpenraum  
Förderzeitraum: INTERREG IV B, Juli 2008 bis Dezember 2011  
Lead Partner: Allgäuer Überlandwerk GmbH (D)  
Deutsche Projektpartner: Allgäu Initiative GbR; B.A.U.M Consult GmbH  
[www.alpenergy.net](http://www.alpenergy.net)

Das Hauptanliegen von AlpEnergy ist es, im Alpenraum eine nachhaltige Energieversorgung durch erneuerbare Energien zu gewährleisten. Regionalentwicklungsagenturen, Energieversorger und Forschungseinrichtungen aus Frankreich, Deutschland, Italien, Slowenien und der Schweiz befassen sich mit der Einführung eines neuen Konzepts zur Energieversorgung. Im Rahmen des Projektes werden Bausteine eines virtuellen Stromversorgungssystems (Virtual Power System) erarbeitet und in Modellregionen erprobt. Durch den weiteren Zubau von regenerativen Einspeiseanlagen kann es in Zukunft aufgrund der Diskrepanz zwischen der Menge des eingespeisten Stroms aus erneuerbaren Energien in das Netz und der aus dem Netz entnommenen Strommenge zu Netzüberlastungen kommen. Virtuelle Stromversorgungssysteme versuchen deshalb die Erzeugung und den Verbrauch von Strom in eine zeitliche Balance zu bringen. Mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) wird daher im Projekt untersucht, inwieweit die Energienachfrage an die unregelmäßige Erzeugung aus regenerativen Einspeisern angepasst werden kann. Im Hinblick darauf werden Erfahrungen gesammelt, ob Verbraucher in Zeiten von geringer Energieverfügbarkeit Energie einsparen bzw. das Verbrauchsverhalten ändern (Verschieben des Energieverbrauchs).

Das Allgäuer Überlandwerk (AÜW) setzt das Modellprojekt im Allgäu um. In diesem Versuch werden von 2009 bis 2011 ca. 65 dezentrale Stromerzeuger und 300 repräsentativ ausgewählte Verbraucher miteinander vernetzt. Der zeitliche Verlauf der Erzeugung und des Verbrauchs wird mit Hilfe von intelligenten Stromzählern (Smart Meter) analysiert. Das AÜW ist derzeit mit der Entwicklung neuer Tarifstrukturen befasst. Sie sollen entsprechend den unterschiedlichen Erzeugungsmengen – bspw. bei viel Strom aus Photovoltaikanlagen – eine preisliche Reaktion auf den Überschuss ermöglichen. Der Nutzer könnte energieintensive Geräte dann betreiben, wenn die Energie aus regionalen Quellen verfügbar und der Strom daher gerade günstig ist. Die internationalen Erfahrungen sollen in verschiedenen Studien und Leitfäden dargestellt werden.

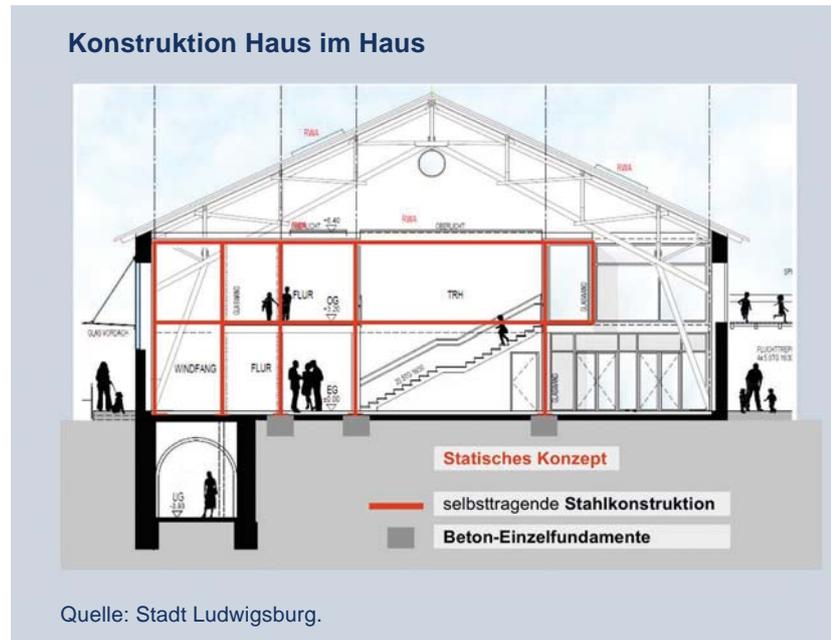
Problembearbeitung in transnationalen Kooperationsräumen. Es zeigt sich, dass diese Raumkonstellation für viele Aspekte des Themenfeldes besonders adäquat ist. Wesentlich ist auch der Fokus auf eine integrierte räumliche Entwicklung bei der Bearbeitung des Klimawandels – ein Unterschied zu Fachprogrammen auch auf europäischer Ebene. Dies macht zugleich die fachübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der INTERREG-Projekte notwendig. Vielfach bilden sich in den Projekten auch Kooperationsstrukturen für eine klimagerechte Raumentwicklung heraus, die über die Zeitdauer eines einzelnen Projektes hinaus Bestand haben.

### Transnationale Strategien für klimagerechte Raumentwicklung

Während sich die Bedrohungslagen infolge des Klimawandels zwischen den Makroregionen Europas deutlich unterscheiden, bringt dieser innerhalb der Kooperationsräume ähnliche Herausforderungen mit sich.<sup>16</sup> Während beispielsweise für die Nord- und Ostseeküste Stürme und Sturmfluten maßgebliche Gefahren darstellen, steht im Alpenraum der Umgang mit Sturzfluten, Erdbeben oder Lawinen im Mittelpunkt. INTERREG B bietet daher mit seinen länderübergreifenden Kooperationsräumen einen besonders geeigneten räumlichen Zuschnitt für die Strategieentwicklung.

Im Rahmen von INTERREG-Projekten wie ClimChAlp wurde auf Basis fundierter Analysen der Folgen des Klimawandels für den Alpenraum eine transnationale Anpassungsstrategie formuliert. In mehreren Folgeprojekten erfolgt nun die Detaillierung von Maßnahmen und deren pilothafte Umsetzung in wesentlichen Handlungsfeldern, so beispielsweise im Projekt CLISP für den Bereich der „klimabeständigen“ Raumplanung.

Auch die länderübergreifenden Kooperationen im Bereich des Hochwasserschutzes im Rahmen von INTERREG B – so etwa das Projekt ELLA (III B) – zeigen, wie Probleme des Klimawandels innerhalb der transnationalen Programmkulisse erfolgreich bearbeitet werden. In diesen Projekten erarbeiteten Experten der Bereiche Raumordnung und Wasserwirtschaft aus fünf Ländern eine gemeinsame Strategie zum vorsorgenden Hochwasserschutz für das gesamte Einzugsgebiet der Elbe.



### Förderung sektorübergreifender Zusammenarbeit

Sowohl für Klimaschutz als auch für Klimaanpassung gilt vielfach, dass nur durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachressorts sowie von öffentlichen und privaten Akteuren wirkungsvoll Strategien entwickelt und Maßnahmen umgesetzt werden können.<sup>17</sup> Diese sektorübergreifende Kooperation gehört zur Grundphilosophie der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“ und spiegelt sich in der Partnerstruktur der meisten Projekte wider. In den beteiligten Städten und Regionen sind INTERREG-Projekte oftmals Anlass für eine stärkere Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung und können zu einer Stärkung der regionalen Steuerungsfähigkeit beitragen. So wurden im Projekt CO<sub>2</sub>NeuTrAlp zur besseren Umsetzung der Pilotvorhaben im Bereich klimafreundlicher Mobilität in allen beteiligten Regionen Projektbeiräte (Local Implementation Networks) eingerichtet, in denen relevante Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vertreten sind.

Im Bereich der erneuerbaren Energien, beispielsweise bei der Biomassenutzung, liegt ein großes Potenzial in einer engeren Kooperation vor Ort. Regionale Wertschöpfungsketten zwischen Produzenten von Biomasse, Energieerzeugern sowie öffentlichen und privaten Endnutzern erlauben oftmals eine effizientere Energieausnutzung (etwa durch Kraft-Wärme-Kopplung) und führen zu positiven regionalökonomischen Effekten. Sowohl im Rahmen von RUBIRES als auch von Bioenergy Promotion engagieren sich regionale Institutionen, solche Kooperationen voranzubringen.

<sup>16</sup> Vgl. dazu auch: Territoriale Ausgangslage und Perspektiven der Europäischen Union. Ein Hintergrunddokument für die Territoriale Agenda der Europäischen Union, Ziff. 84.

<sup>17</sup> Ebenda, Ziff. 172.



„Die intensive Netzwerkarbeit im Projekt ClimChAlp, in dem transnational abgestimmte Handlungsempfehlungen für Anpassungsstrategien im Alpenraum formuliert wurden, hat bei den Verantwortlichen in dem Bereich Naturgefahren und Risikomanagement zu einem verstärkten Problembewusstsein geführt.“

Dr. Marion Damm, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, Referat Klimaschutz, München

Ein umfassender Klimaschutz durch energieeffiziente Gebäude kann nur durch die Einbeziehung der Immobilienwirtschaft und die Ansprache von Eigentümern und Nutzern gelingen. Entsprechend arbeiten im Projekt Longlife Verwaltungen, Wissenschaft und Wohnungswirtschaft gemeinsam an Richtlinien für ressourcenschonendes Bauen und marktfähige Nachhaltigkeitsstandards für Wohngebäude.

Mit dem Ansatz der Clusterförderung versuchen Wirtschaftsförderungen, vermehrt die positiven Effekte der räumlichen Konzentration von Unternehmen einer bestimmten Branche, Zulieferern, Dienstleistern, Forschungseinrichtungen und unterstützenden Institutionen, die durch Geschäftsbeziehungen und Informationsaustausch miteinander verbunden sind, zu nutzen. INTERREG-Projekte können dazu beitragen, solche Cluster auch im Bereich klimafreundlicher Technologien auf einer transnationalen Ebene weiterzuentwickeln. Ein Beispiel dafür ist das Projekt POWER cluster, das sich dem Aufbau

eines transnationalen Clusters für die Offshore-Windenergie im Nordseeraum widmet.

### **Aufbau transnationaler Strukturen für Klimaschutz und Klimaanpassung**

INTERREG-Projekte sind zwar zeitlich begrenzt, doch oftmals gelingt es den beteiligten Akteuren, die Zusammenarbeit zu verstetigen. Dabei variiert der Grad der Formalisierung durchaus. In einer gemeinsamen Erklärung am Ende des Projekts ELLA im Jahr 2006 vereinbarten die beteiligten Gebietskörperschaften und Behörden aus Deutschland, Polen, Österreich, Tschechien und Ungarn, das Netzwerk für die weitere transnationale Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz zu nutzen und auszubauen. Diese Verstetigung der Kooperation erfolgt unter anderem durch das INTERREG IV B-Folgeprojekt LABEL, bei dem das transnationale Risikomanagement im Hochwasserschutz sowie Anpassungsmaßnahmen in denjenigen Bereichen im Mittelpunkt stehen, für die noch keine transnationalen Strategien entwickelt wurden, wie Tourismus und Schiffsverkehr.



## **Climate change, impacts and adaptation strategies in the Alpine Space (ClimChAlp): Anpassungsstrategie für die Alpen**

Kooperationsraum: Alpenraum  
Förderzeitraum: INTERREG III B; März 2006 bis März 2008  
Lead Partner: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (D)  
Deutsche Projektpartner: Bayerisches Landesamt für Umwelt; Bundesanstalt für Gewässerkunde; Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

[www.climchalp.org](http://www.climchalp.org)

Mit den spezifischen Auswirkungen des Klimawandels im Alpenraum und notwendigen Anpassungsstrategien haben sich 21 Projektpartner (D, AT, FR, IT, SLO, CH, FL) aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik im Projekt ClimChAlp befasst. Als zentrales Ergebnis konnte auf der Grundlage umfassender Analysetätigkeiten ein zwischen den beteiligten Ländern politisch abgestimmtes „Common Strategic Paper“ erarbeitet werden, das Handlungsempfehlungen und Schlussfolgerungen zu Anpassungsstrategien für die Entscheidungsträger auf regionaler, nationaler und transnationaler Ebene enthält.

In einem Arbeitspaket wurde das Monitoring von Hangbewegungen thematisiert, das aufgrund der Höhenverlagerung der Permafrostgrenze und der damit verbundenen Gefahren für Gebäude, Infrastrukturen und Menschen in zunehmenden Maße als Präventionsmittel eingesetzt werden muss. Da dieses Instrument in nicht wissenschaftlichen und nicht technischen Kreisen kaum bekannt ist, sollten Maßnahmen zur Verstärkung seiner Wahrnehmung in Politik und Öffentlichkeit ergriffen werden.

Im Arbeitsfeld „Raumentwicklung und Wirtschaft“ wurden qualitative Szenarien für sieben Modellregionen zum Klimawandel für das Jahr 2030 und später erstellt. Für das Berchtesgadener Land, die deutsche Modellregion, werden die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Siedlungs- und Infrastruktur aufgezeigt. In Bad Reichenhall, einem der fünf ausgewählten „Hotspots“ der Modellregion, zielt die Stadtplanung bereits auf die Vermeidung von baulichen Entwicklungen in hochwassergefährdeten Gebieten. In den einzelnen Teilprojekten von ClimChAlp wurden künftige gemeinsame Arbeitsfelder herausgearbeitet, z.B. in den Bereichen Monitoring, Modellierung, Raumplanung und Wirtschaft. Die mit ClimChAlp begonnene transnationale Zusammenarbeit zur Anpassung an den Klimawandel im Alpenraum wird unter anderem mit den beiden INTERREG IV B-Projekten AdaptAlp und CLISP (vgl. S. 19) fortgesetzt.

Im INTERREG III B-Projekt ClimChAlp wurden unter Mitarbeit aller Anrainerstaaten auf Grundlage umfassender Analysen der Auswirkungen des Klimawandels grenzüberschreitende Anpassungsstrategien für den Alpenraum entwickelt. In mehreren Folgeprojekten werden nun weiterführende Fragen bearbeitet: Die Erarbeitung klimabeständiger Raumplanungsstrategien wird im Projekt CLISP thematisiert. Im Projekt Adapt-Alp befassen sich die Projektpartner mit tiefergehenden Analysen zum Klimawandel und werden unter anderem transnationale harmonisierte Methoden der Gefahrenkartierung erarbeiten. Auch beim Projekt Longlife zeichnet sich eine institutionelle Verstärkung der transnationalen Klimaschutzbemühungen ab. Die gemeinsamen Standards und Zertifikate für nachhaltiges Bauen im Ostseeraum sollen nach Ende des Projekts Longlife in einem neuen Verband, der Baltic Sea Housing Development Association (BASHDA), weitergeführt werden.



## Climate Change Adaptation by Spatial Planning in the Alpine Space (CLISP): Anpassung an den Klimawandel durch Raumplanung

Kooperationsraum: Alpenraum  
Förderzeitraum: INTERREG IV B; September 2008 bis August 2011  
Lead Partner: Umweltbundesamt GmbH (AT)  
Deutsche Projektpartner: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie  
[www.clisp.eu](http://www.clisp.eu)

Im Projekt CLISP befassen sich 14 Projektpartner mit den Herausforderungen, denen die Raumplanung angesichts des Klimawandels gegenübersteht. Durch eine vorausschauende Raumplanung können klimawandelbedingte Raumnutzungskonflikte vermieden, die Verwundbarkeit von Räumen gegenüber negativen Klimawandelfolgen reduziert und daraus resultierende Kosten verringert werden. Die transnationale Zusammenarbeit baut auf Grundlagen des Vorgängerprojekts ClimChAlp auf.

CLISP thematisiert als einziges INTERREG IV B-Projekt primär die Bedeutung der Raumordnung bei der Anpassung an den Klimawandel und ist deshalb – auch weil das Thema für die Raumordnung ein neues Handlungsfeld darstellt – als strategisches Projekt anzusehen.

Zentrales Anliegen des Projektes ist es, klimasichere Planungsstrategien für eine nachhaltige und widerstandsfähige Raumentwicklung auf transnationaler, nationaler und regionaler Ebene zu erarbeiten. Darüber hinaus werden die bestehenden raumplanerischen Instrumente auf ihre Stärken, Schwächen und Verbesserungsmöglichkeiten im Hinblick auf den Klimawandel untersucht.

Die Landkreise Berchtesgadener Land und Miesbach sind die beiden deutschen der insgesamt zehn Modellregionen, in denen klimawandelbedingte Vulnerabilitäten bewertet werden. Dazu werden in dem entsprechenden Arbeitspaket Indikatoren sowie methodische Grundlagen für die Bewertung der Verletzlichkeit erarbeitet, die auch anderen Regionen zugänglich sein sollen. Die Fortführung der Arbeit im Berchtesgadener Land, das bereits im Vorgängerprojekt ClimChAlp beteiligt war, ermöglicht dem Landkreis eine intensive und kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Bei der Überarbeitung des bayerischen Landesentwicklungsprogramms sollen die Ergebnisse der Bewertung der „Klimatauglichkeit“ bestehender raumplanerischer Instrumente bereits Berücksichtigung finden.

Mit der Etablierung eines Expertennetzwerkes für Klimawandel und Raumplanung soll die Auseinandersetzung mit diesem Themenfeld auf transnationaler Ebene verstärkt werden. Zu den Zielen des Projektes gehört zudem die Sensibilisierung von Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit für klimabedingte Risiken und die Notwendigkeit der Klimaanpassung.





„Im Dialog mit anderen Städten und Forschungseinrichtungen bekommen wir durch das Projekt Livinggreen.eu wichtige Anregungen auf unserem Weg zu einer energieeffizienten und klimabeständigen Stadtentwicklung.“

Albert Geiger, Leiter Referat Nachhaltige Stadtentwicklung Stadt Ludwigsburg

20

### 3.3 INTERREG-Projekte als Bausteine lokaler Klimapolitik

Die Projekte, die in dieser Veröffentlichung dargestellt werden, zeigen beispielhaft die thematische Bandbreite und die vielfältigen Ergebnisse der transnationalen Zusammenarbeit von Kommunen und Regionen zum Klimawandel. Besonders wirkungsvoll ist diese Projektarbeit in europäischen Netzwerken immer dann, wenn sie vor Ort mit lokalen Strategien und Ansätzen verknüpft wird. Drei kurze Fallstudien illustrieren, wie INTERREG-Projekte in die Regional- und Kommunalpolitik einfließen.

#### Ludwigsburg: Klimaschutz als Bestandteil nachhaltiger Stadtentwicklung

Eine energieeffiziente Stadtentwicklung sowie der Ausbau der erneuerbaren Energien sind wesentliche Zielsetzungen der nachhaltigen Stadtent-

wicklung Ludwigsburgs. Deren konzeptionelle Grundlagen wurden 2004 bis 2006 in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitet. Die nachhaltige Stadtentwicklung wird nun als gesamtstädtisches Steuerungsinstrument fortgeführt. Die Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts erfolgt durch thematische Masterpläne sowie Stadtteilentwicklungspläne.

Die Stadt Ludwigsburg (ca. 87.000 Einwohner) nutzt eine Reihe von INTERREG IV B-Projekten, um unterschiedliche Bausteine einer klimabewussten Stadtentwicklung weiter voranzubringen. Im Rahmen von EnSURE<sup>18</sup> wird durch die Umsetzung von integrierten Konzepten im Sinne einer energieeffizienten Stadtentwicklung zur Verbesserung städtischer Energiebilanzen beigetragen. Durch die Auseinandersetzung mit geeigneten Finanzierungsinstrumenten sowie die intensive Einbeziehung beteiligter Akteure soll

<sup>18</sup> EnSURE – Energy Savings in Urban Quarters through Rehabilitation and New Ways of Energy Supply.

### Livinggreen.eu: Nachhaltige Gebäudesanierung

Kooperationsraum: Nordwesteuropa  
Förderzeitraum: INTERREG IV B; August 2007 bis Juli 2013  
Lead Partner: CURNET (NL)  
Deutsche Projektpartner: Stadt Ludwigsburg  
[www.livinggreen.eu](http://www.livinggreen.eu)

Durch die energetische Sanierung des Gebäudebestands kann ein wirkungsvoller Beitrag zur Reduzierung des Gesamtenergieverbrauchs und damit auch zum Klimaschutz erreicht werden. Im Projekt Livinggreen.eu arbeiten Kommunen, Universitäten, außeruniversitäre Forschungs- und Beratungseinrichtungen sowie Stiftungen im Bereich der Denkmalpflege an der Weiterentwicklung von Instrumenten und Verfahren zur nachhaltigen Gebäudesanierung. Dabei werden die Aspekte Klimaanpassung, Energieeffizienz, Wasser, Baumaterialien sowie der Umgang mit kulturellem Erbe berücksichtigt. Im Mittelpunkt steht die Sanierung von fünf denkmalgeschützten Gebäuden in verschiedenen Städten Nordwesteuropas, darunter auch in Ludwigsburg (Baden-Württemberg). Diese Gebäude werden daraufhin als „Nachhaltigkeitszentren“ betrieben, die als Demonstrationsobjekte und gleichzeitig als Schulungs- und Beratungszentren für interessierte Planer, Bauhandwerker und Immobilieneigentümer dienen.

Träger des Nachhaltigkeitszentrums in Ludwigsburg ist der neu gegründete Verein Energetikom Energiekompetenz und Ökodesign e.V., an dem sich neben der Stadt Ludwigsburg und der Region Stuttgart vor allem Unternehmen und Bildungseinrichtungen aus den Bereichen Energie, Planung und Haustechnik beteiligen. Die Ludwigsburger Energieagentur bringt ihr Know-how als Informationszentrum für die Beratung von privaten und gewerblichen Bauherren und Energieverbrauchern in das Netzwerk ein. Als Standort des Energetikoms wird gemeinsam mit verschiedenen lokalen Partnern ein leer stehendes Industriegebäude nach Maßstäben der Nachhaltigkeit umgebaut. Darüber hinaus wird auf einem Konversionsgebiet eine denkmalgeschützte Sporthalle mit dem „Haus-im-Haus-Prinzip“ nach energetischen Gesichtspunkten saniert.

Mit den Livinggreen-Laboren (engl. labs) kommt in den fünf Modellstädten ein neuartiges Verfahren zur Entwicklung von Innovationen für die nachhaltige Gebäudesanierung im lokalen Kontext und mit lokalen Akteuren zum Einsatz. Ein neuartiges Format zur Motivation und Schulung von Immobilieneigentümern sind die sogenannten Reno-Teams, in denen diese durch Veranstaltungen und Exkursionen in einen Erfahrungsaustausch mit Praktikern und Experten treten. Nach einer ersten Pilotphase in Belgien soll dieses Format nun auch bei den anderen Projektpartnern zum Einsatz kommen. Die Projektergebnisse werden in einem Handbuch für Sustainable Living zusammengefasst.



die Bewusstseinsbildung hinsichtlich der energetischen Maßnahmen und deren Umsetzung gesteigert werden. Ebenfalls auf Quartiersebene verortet ist das Projekt MUSIC<sup>19</sup>, welches durch den intensiven Dialog mit den Akteuren in einem sozial benachteiligten Stadtteil zu einer Verhaltensänderung im Umgang mit Energie und damit zur Energieeinsparung beitragen soll. Mit dem Projekt EnerCITY<sup>20</sup> werden Datengrundlagen für das städtische Gesamtenergiekonzept und dessen quartiersbezogene Umsetzung sowie GIS-basierte Analyseinstrumente entwickelt. Mit dem Projekt Livinggreen.eu schließlich entsteht mit dem Energetikom – Energiekompetenz und Ökodesign e.V. eine Plattform für Projekte, Informations- und Beratungsleistungen zu Fragen der energieeffizienten Stadtentwicklung, die von einem breiten Bündnis der öffentlichen Hand, Unternehmen und Verbänden getragen wird (vgl. S. 20). Gefördert durch das EU-Programm Intelligente Energie Europa befasst sich Ludwigsburg im Projekt Sustainable Now mit der Entwicklung lokaler Energieaktionspläne. Mit Hilfe verschiedener Bundes- und Landesprogramme geht die Barockstadt eine Reihe von weiteren Aktivitäten an: ein Gesamtenergiekonzept, städtebauliche Anpassungsmaßnahmen zum Klimawandel, betriebliche Netzwerke zur Energieeffizienz sowie Projekte zur Elektromobilität.

Vor dem Hintergrund dieser breiten Projektpalette ist es bemerkenswert, dass das Engagement in europäischen Projekten insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Thema Energie für die Stadt Ludwigsburg erst seit wenigen Jahren eine tragende Rolle spielt. Als wichtig sehen die verantwortlichen Akteure rückblickend die Beteiligung am Projekt Managing Urban Europe-25 der Generaldirektion Umwelt an, durch das seit 2005 viele Kontakte mit Vorreiterkommunen in ganz Europa geknüpft werden konnten. Auch organisatorische Aspekte werden angeführt: So wird das Europaengagement im Bereich Klimaschutz und Klimawandel befördert durch die Zusammenführung der Bereiche Europa und Energie im Referat Nachhaltige Stadtentwicklung.

Ludwigsburg versteht sich zunehmend als städtisches Labor, in dem Lösungen in den Bereichen erneuerbare Energien und Klimaschutz für die Stadtentwicklung erprobt werden können – Stadtgröße und Überschaubarkeit der Verwaltung spielen hierbei eine Rolle. Nicht zuletzt durch den Erfahrungsaustausch mit europäischen Partnern und die Öffentlichkeitswirksamkeit europäischer



Förderung hat sich nach Ansicht der Beteiligten diese Dynamik erhöht.

Mittlerweile wird dieses städtische Engagement zunehmend in internationalen Fachkreisen registriert: Die Internationale Energieagentur in Paris hat Ludwigsburg als deutsche Modellstadt für ihre aktuelle Studie „Energy Efficient Communities: Case Studies and Strategy Guidance for Urban Decision Makers“ ausgewählt.

### **Das Ruhrgebiet: Modellregion für die Klimaanpassung**

Der Umgang mit den Folgen des Klimawandels erfordert zum einen die Generierung detaillierter Informationen über die lokalen Auswirkungen des Klimawandels und zum anderen die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen. Im Ruhrgebiet werden dazu derzeit verschiedene Projekte durchgeführt, die im Rahmen europäischer, nationaler und regionaler Initiativen initiiert wurden. In dem INTERREG IV B-Projekt Future Cities (vgl. S. 22) haben sich lokale Behörden aus den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und Belgien zusammengeschlossen, um die Anpassung städtischer Infrastrukturen an die Folgen des Klimawandels zu erproben. Der Lippeverband hat in dem Projekt die Funktion des Lead Partners übernommen und führt in Kooperation mit den Städten Bottrop und Kamen zwei Modellprojekte durch. Enge Verknüpfungen bestehen zudem durch das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „dynaklim – Dynamische Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels in der Emscher-Lippe-Region

<sup>19</sup> MUSIC – Mitigation and Urbanisation.

<sup>20</sup> EnerCITY – Reducing energy consumption and CO<sub>2</sub> emissions in cities across Central Europe.



„Die Twinning-Methode, also der gezielte Austausch zwischen zwei Projektpartnern, hat sich im Projekt Future Cities als effektives Kommunikationsmittel bewährt. Es ist bereits jetzt zu beobachten, dass sich Partner über das Projekt hinaus über den Klimawandel und Anpassungsmaßnahmen austauschen und die neuen Kontakte in den Partnerstädten intensiv nutzen.“

Anke Althoff, Projektleitung Future Cities, Lippeverband, Essen

(Ruhrgebiet)“, das sich mit den prognostizierten Effekten des Klimawandels auf die Verfügbarkeit und Nutzung des Wassers sowie den damit verbundenen Auswirkungen auf die Umwelt befasst.

Der Fokus des regional ausgerichteten Projekts liegt auf dem Austausch zwischen den beteiligten Städten, Unternehmen, Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren der Emscher-Lippe-Region und wird durch thematische Diskussionsplattformen angeregt. Eine inhaltliche Verknüpfung zwischen Future Cities und dynaklim ist auch durch die enge Zusammenarbeit der jeweils in beiden Projekten vertretenen Partner Lippeverband und Emschergenossenschaft gewährleistet. So können internationale Erfahrungen aus dem Projekt Future Cities den regionalen Akteuren, die selbst nicht an dem Projekt beteiligt sind, zugänglich gemacht werden.

Mehrere Städte des Ruhrgebiets waren des Weiteren an der Erarbeitung des im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Land-

wirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen erstellten „Handbuchs Stadtklima“ beteiligt. In Dortmund und Bottrop wurden Werkstätten durchgeführt, in denen sich kommunale Akteure mit städtebaulichen Anpassungsoptionen und mit Synergieeffekten von Maßnahmen des Klimaschutzes und der -anpassung auseinandergesetzt haben.

Eine Analyse der lokalen Folgen des Klimawandels wird im Rahmen des ExWoSt-Vorhabens „Urbane Strategien zum Klimawandel“ (gefördert durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) neben anderen Modellstädten auch für Essen erstellt, und Anpassungslösungen werden erprobt.

Die Verzahnung der unterschiedlichen Projekte bietet den Kommunen die Möglichkeit, sich sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus praktischer Sicht intensiv mit verschiedenen Aspekten des Klimawandels und der Klimaanpassung zu befassen. Die Projektbeteiligten werden dadurch in die Lage versetzt, das notwendige

## Future Cities – Urban Networks to Face Climate Change: Städtische Strategien zur Anpassung an den Klimawandel

Kooperationsraum: Nordwesteuropa  
Förderzeitraum: INTERREG IV B; Mai 2007 bis Dezember 2012  
Lead Partner: Lippeverband (D)  
Deutsche Projektpartner: Emschergenossenschaft  
[www.future-cities.eu](http://www.future-cities.eu)

Im Projekt Future Cities arbeiten sechs Städte und Regionalverbände und Projektentwicklungsgesellschaften aus Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien gemeinsam daran, die städtischen Infrastrukturen für den Klimawandel fit zu machen. Den voraussichtlichen Auswirkungen, z.B. die Zunahme von Hitzetagen und Starkregenereignissen, soll durch die Kombination von Maßnahmen entgegengewirkt werden, die sich auf drei Schlüsselkomponenten beziehen: Grünstrukturen, Wassersysteme und Energieeffizienz. In acht Pilotprojekten steht die Erprobung von kosteneffizienten, robusten, langfristig flexiblen, aber auch anderen Zielen der nachhaltigen Stadtentwicklung dienenden Maßnahmen im Vordergrund (sogenannte „No-regret-Maßnahmen“).

Ein Pilotprojekt im Einzugsgebiet der Lippe ist der „Grün-Blauer Klimakorridor“, in dessen Rahmen etwa 80 an einem Bachlauf anliegende Grundstücke im Kamener Stadtgebiet mit einer Fläche von 1,1 ha vom Abwasserkanal entkoppelt werden. Das dort anfallende Regenwasser wird zukünftig den neu entstehenden „Heerener Mühlbach“ speisen. Das zweite deutsche Pilotprojekt ist die klimasensible Entwicklung eines Gewerbeparks im Süden der Stadt Bottrop. Aufgrund vermehrter Starkregenereignisse und der Überlastung des Mischkanalsystems wurde dieser bereits mehrfach überflutet. Um dies in Zukunft zu vermeiden, sollen das Regenwasser von der fast vollständig versiegelten Fläche in ein nahe gelegenes Gewässer abgeleitet und die Versickerung und Regenrückhaltung besser umgesetzt werden. Der Energiebedarf zur Beheizung oder Kühlung der Gebäude soll durch den Einsatz von regenerativen Energien gedeckt werden.

Die im Rahmen des Projekts systematisch angewandte „Twinning-Methode“ ermöglicht einen intensiven Austausch und Wissenstransfer zwischen jeweils zwei bis drei Partnern, die mit ähnlichen Problemen und Herausforderungen konfrontiert sind. Zentrales Projektergebnis wird der „Future Cities Kompass“, ein Planungs- und Bewertungsinstrument für klimataugliche Stadtregionen, sein, das auch andere Städte bei der Erarbeitung von Anpassungsstrategien nutzen können.



Bewusstsein für die Problematik nicht nur auf den verschiedenen räumlichen Ebenen zu schärfen, sondern auch Informationen, Handlungserfordernisse und Empfehlungen für Politik, Verwaltung und die Bürger aufzubereiten.

### Allgäu: Klimafreundliche Mobilität und Regionalentwicklung

Die nachhaltige Regionalentwicklung ist für das Allgäu als Deutschlands größte zusammenhängende Tourismusregion von großer Bedeutung. In zwei INTERREG IV B-Projekten werden im Allgäu derzeit Modellvorhaben zur Förderung umweltfreundlicher Mobilität und einer regenerativen Energieversorgung realisiert. Unter Federführung des regionalen Energieversorgers Allgäuer Überlandwerk (AÜW) wird im Projekt CO<sub>2</sub>NeuTrAlp in Zusammenarbeit mit der Allgäu Marketing GmbH ein Netzwerk von Verleihstationen für Elektrofahrräder installiert (siehe unten). Das im Rahmen dieses INTERREG-Projekts entwickelte Konzept zur Erprobung von Elektrofahrzeugen und zum Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur (z.B. Stromtankstellen) wird nun durch das AÜW, die Hochschule Kempten und weitere Partner im Projekt „eE-Tour Allgäu – effiziente Elektromobilität & Tourismus“ umgesetzt. Dieses wird mit Mitteln aus dem Programm IKT für Elektromobilität des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie finanziert. Hier konnte sich das Allgäu im bundesweiten Wettbewerb als eine von sieben Modellregionen durchsetzen. Im Projekt „eE-Tour Allgäu“ werden die Möglichkeiten der Elektromobilität in einer ländlichen Tourismusregion erforscht und deren Umsetzung vorangetrieben werden. Dazu stehen seit Mitte 2010 etwa 50 Elektrofahrzeuge z.B. in Hotels zum Verleih



bilität des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie finanziert. Hier konnte sich das Allgäu im bundesweiten Wettbewerb als eine von sieben Modellregionen durchsetzen. Im Projekt „eE-Tour Allgäu“ werden die Möglichkeiten der Elektromobilität in einer ländlichen Tourismusregion erforscht und deren Umsetzung vorangetrieben werden. Dazu stehen seit Mitte 2010 etwa 50 Elektrofahrzeuge z.B. in Hotels zum Verleih

## CO<sub>2</sub>-Neutral Transport for the Alpine Space (CO<sub>2</sub>NeuTrAlp): Klimafreundliche Mobilitätskonzepte

Kooperationsraum: Alpenraum  
 Förderzeitraum: INTERREG IV B; September 2008 bis August 2011  
 Lead Partner: B.A.U.M Consult GmbH München (D)  
 Deutsche Projektpartner: AllgäuNetz GmbH & Co. KG, Helmholtz Zentrum München

[www.co2neutralalp.net](http://www.co2neutralalp.net)

Im Zentrum des Projektes steht die Erprobung alternativer Mobilitätskonzepte auf der Grundlage von Antriebstechnologien mit erneuerbaren Energien. Obwohl in den 13 Modellregionen in Italien, Österreich, Slowenien, Frankreich und Deutschland sehr unterschiedliche Konzepte umgesetzt werden, ähneln sich die Herausforderungen in den Alpenregionen beispielsweise im Hinblick auf die Elektromobilität: Große Höhenunterschiede und extreme Temperaturen wirken sich negativ auf die Reichweite der Akkus aus.

Im Allgäu wird die Nutzung elektrisch angetriebener Fahrzeuge im Tourismus und im Stadtverkehr erprobt. Seit Mai 2010 können an 60 Stationen 150 Elektrofahrräder zumeist von privaten Vermietern geliehen und an einer anderen Station wieder abgegeben werden. Der Vertrag mit dem Elektrofahrrad-Anbieter „Movel“ wurde unter Einbeziehung lokaler Entscheidungsträger, die in einem Beirat die Projektaktivitäten mitbestimmen, zunächst für drei Jahre geschlossen. Segways werden derzeit als weitere Mobilitätsalternative genutzt. Des Weiteren soll der Aufbau einer intelligenten Ladeinfrastruktur vorangetrieben und beurteilt werden.

Auf Grundlage der Erfahrungen in den Modellregionen sollen Leitlinien für verschiedene Zielgruppen erarbeitet werden: (Kommunal-)Politiker werden durch einen Leitfaden die Planungsschritte für die Umsetzung von Elektromobilität aufgezeigt, technische Leitlinien werden sich vornehmlich an Planer und Transportexperten richten. Des Weiteren sollen die Projektergebnisse den lokalen Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen zugänglich gemacht werden, um einen Wissenstransfer über den Beteiligtenkreis hinaus zu gewährleisten.





„Das Spannende am Projekt Longlife ist, dass wir aus verschiedenen Gesellschafts- und Bau-traditionen kommen und auch unsere Wertesysteme unterschiedlich sind. So ergeben sich für uns neue Perspektiven auf das gemeinsame Thema des nachhaltigen Bauens.“

Horst Müller-Zinsius, Sprecher der Geschäftsführung des Unternehmensverbundes PRO POTSDAM GmbH

bereit. Die Fahrzeuge unterschiedlichster Art, unterschiedlicher Betreiber und unterschiedlicher Nutzung sollen in einem einheitlichen IKT-System betrieben werden. Auch der Ausbau der notwendigen Infrastruktur schreitet voran: Die erste von insgesamt zehn Stromtankstellen konnte im Juni 2010 bereits in Sonthofen eröffnet werden. Die Umweltverträglichkeit der Elektromobilität soll durch die Verwendung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewährleistet werden.

Da die Energieausbeute bei Wind- und Sonnenenergie naturgemäßen Schwankungen unterliegt, gilt die intelligente Verknüpfung von Energieerzeugung und Energieverbrauch als wichtiger Faktor für den Ausbau regenerativer Energien. Mit dem INTERREG-Projekt AlpEnergy werden im Allgäu Bausteine eines virtuellen Stromversorgungssystems (engl. Virtual Power System) umgesetzt, das durch intelligente Technologien Stromangebot und -verbrauch harmonisieren wird (vgl. S. 16). Dies bietet auch neue Chancen für die Elektromobilität. So könnten Elektrofahrzeuge als Zwischenspeicher für den lokal produzierten Strom aus regenerativen Energieträgern fungieren. Die INTERREG-Aktivitäten sind konzeptionell eingebettet in eine große Bandbreite lokaler und regionaler Initiativen und Projekte für eine energie- und klimabewusste Entwicklung des Allgäus. Dazu gehören die Aktivitäten des gemeinnützigen Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!), das von Kommunen, Kammern und Energieversorgern getragen wird. Das „eza!“ unterstützt seit über zehn Jahren Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten und bietet Energieberatungen für Unternehmen und Privathaushalte an.

So werden aktuell neun Allgäuer Kommunen bei der Zertifizierung für den European Energy Award begleitet.

Der grenzüberschreitende Erfahrungsaustausch dieser „Energieeffizienzgemeinden“ mit anderen Kommunen aus Österreich, der Schweiz und Liechtenstein wird durch das INTERREG A-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein gefördert. Daran beteiligt sich u.a. die Stadt Sonthofen, die aufgrund ihres besonderen Engagements bei der Umsetzung der Alpenkonvention durch eine internationale Jury als „Alpenstadt des Jahres 2005“ ausgezeichnet wurde. Seitdem initiiert und beteiligt sich Sonthofen verstärkt an lokalen, regionalen und auch europäischen Projekten wie CO<sub>2</sub>NeuTrAlp, die verschiedene Aspekte der nachhaltigen Entwicklung adressieren.

Im Sommer 2009 startete die von einer breiten Basis aus Kommunen, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppierungen getragene Initiative „Klimaschutz – das Allgäu handelt!“. Mit dem AÜW und der Allgäu Initiative sind auch regionale INTERREG-Akteure beteiligt. Unter dem Schlagwort „Allgäuer CO<sub>2</sub>-Diät“ werden Privatpersonen, Unternehmen, Kommunen und Vereine dazu bewegt, sich eigene CO<sub>2</sub>-Minderungsziele zu setzen. Im Rahmen von sogenannten Klimapatenenschaften können die Teilnehmer einen Beitrag zum Allgäuer Klimaschutzfonds leisten, der regionale Emissionsminderungsprojekte unterstützt. Die Initiative „Klimaschutz – das Allgäu handelt“ wird vom Freistaat Bayern unterstützt und versteht sich als Vorbild für eine spätere Umsetzung in anderen Regionen Bayerns und Deutschlands.

Allgäu: Verschiedene INTERREG-Projekte tragen zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung bei



#### 4. KLIMASCHUTZ UND KLIMAAANPASSUNG: FÖRDERSCHEWERPUNKTE DER INTERREG B-PROGRAMME

Die Förderung von Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel im INTERREG IV B-Programm geschieht im Rahmen der Priorität Umwelt. Dort werden Energieeffizienz, Wasserbewirtschaftung und Maßnahmen im Bereich der Risikovermeidung und des Umweltschutzes als zentrale Handlungsfelder benannt.<sup>21</sup> Für die Förderung entsprechender Aktivitäten ist dabei eine „eindeutige transnationale Dimension“ Voraussetzung. An konkreten Maßnahmen werden exemplarisch benannt: der Schutz und die Bewirtschaftung von Flusseinzugsgebieten und Küstengebieten, die Vermeidung von Bränden, Dürren und Überschwemmungen sowie der Schutz vor naturbedingten und technologischen Risiken. In den fünf Kooperationsräumen mit deutscher Beteiligung (Alpenraum, Mitteleuropa, Nordwesteuropa, Nordsee- und Ostseeraum) sind die jeweiligen Operationellen Programme die Grundlage für Projektanträge. In diesen Operationellen Programmen werden die Fördermöglichkeiten für Aktivitäten im Bereich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in den jeweiligen Umweltprioritäten weiter ausgeführt. Auf Ebene der Ziele und Maßnahmenbeispiele finden sich in allen Programmräumen Ausführungen zu Klimaschutz (inklusive erneuerbare Energien, Energieeffizienz) und Anpassungsmaßnahmen. Bestehende Unterschiede bei den Akzentuierungen von Unterthemen zwischen den Kooperationsräumen

hängen zum Teil mit spezifischen Potenzialen und Problemlagen zusammen. Sie sind sicherlich aber auch in Teilen der unterschiedlichen „Tiefenschärfe“ der Operationellen Programme geschuldet. Bei der Förderung erneuerbarer Energien wird auf die kooperationsraumspezifischen Potenziale und Nachholbedarfe eingegangen: So wird für den Alpenraum auf bereits bestehende relativ hohe Anteile regenerativer Energien (Wasserkraft) und im Ostseeraum auf die meeresbezogenen Potenziale, z.B. die Offshore-Windenergie, hingewiesen. Im Nordseeraum wird hingegen auch die Bedeutung „umweltfreundlicher Verfahren der Energiegewinnung“ im Zusammenhang mit den wichtigen fossilen Energieträgern (Öl- und Gasvorkommen) hervorgehoben. Der Aspekt der Bewusstseinsbildung für energieeffizientere Verfahren in Wirtschaft und Gesellschaft wird unter anderem im Operationellen Programm für Nordwesteuropa herausgearbeitet. Mitteleuropa räumt der Förderung von Umwelttechnologien, etwa im Gebäudebereich, einen großen Raum ein. Die unterschiedliche Betroffenheit der europäischen Regionen durch den Klimawandel spiegelt sich in den Zielen und Maßnahmenbeispielen zum Thema Risikomanagement der verschiedenen Programmräume wider. So spielt der Küstenschutz im Nord- und Ostseeraum eine bedeutende Rolle, in den Alpen werden u.a. die geologischen Risiken in Folge des Klimawandels thematisiert.

<sup>21</sup> EFRE-Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006, Art. 6 Ziff. 2b.

„POWER cluster ist ein wichtiger Baustein, die Nordseeregion zum führenden Standort für die Erzeugung von Windenergie auf dem Meer zu entwickeln, weil wir zentrale Fragen wie den Fachkräftebedarf, die Schließung von Wertschöpfungsketten oder die gesellschaftliche Akzeptanz nun länderübergreifend bearbeiten.“

Dr. Mathias Grabs, Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH





„Die transnationale Zusammenarbeit erlaubt den Projektpartnern von CO<sub>2</sub>NeuTrAlp die Nutzung der Erfahrungen anderer Partner und gleichzeitig die Erprobung von Mobilitätskonzepten in Alpenregionen. Das Thema Elektromobilität und die Umsetzungsorientierung waren maßgeblich für das große Interesse möglicher Partner im Vorfeld des Projekts.“

Vivien Führ, Projektleiterin, B.A.U.M. Consult GmbH, München

## ÜBERSICHT 1: Exemplarische Ziele und Themenvorschläge im Bereich Klimaschutz und -anpassung (Auszüge aus den Operationellen Programmen)<sup>22</sup>

	ALPENRAUM	NORDSEERAUM
KLIMASCHUTZ	<p>Anregungen zur effizienteren Nutzung von Ressourcen wie Wasser, Energie, Land, Rohstoffen und anderen natürlichen Ressourcen, u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Integrierte Energieplanung zur Effizienzsteigerung und Pilotprojekte mit einem besonderen Fokus auf vor Ort vorhandenen regenerativen Energiequellen</li> </ul>	<p>Förderung umweltfreundlicher Verfahren zur Energiegewinnung, u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erarbeitung und Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen für die umfangreiche Nutzung erneuerbarer Energien</li> <li>• Verbreiterung des Angebots verschiedener Technologien zur Energiegewinnung und CO<sub>2</sub>-Reduzierung im Nordseeraum</li> <li>• Institutionelle Unterstützung bei der Optimierung von Versorgungssystemen und Schaffung adäquater Marktoraussetzungen</li> <li>• Bildung von Netzwerken bzw. Wissensaustausch im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Technologien und Entwicklung wissensbasierter Cluster, beispielsweise auf dem Gebiet der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung</li> </ul> <p>Förderung von Energieeffizienz in Städten und ländlichen Regionen, u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung eines effizienten Verbraucherverhaltens in der Gesellschaft</li> <li>• Verbreitung von Ansätzen zur Steigerung der Energieeffizienz, technische/betriebswirtschaftliche Innovationen im Bau-/Architektursektor</li> <li>• Einführung alternativer Energielösungen für Unternehmen und Privathaushalte</li> <li>• Entwicklung allgemeiner Energiestandards für das Bauwesen</li> </ul>
KLIMAPANPASSUNG	<p>Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels sowie Vorhersage, Abschätzung, Abmilderung und Management der Einwirkungen von natürlichen und technologischen Gefahren, u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verminderung von Naturgefahren und technologischen Risiken, die sich auf „weiche“ Methoden konzentrieren</li> <li>• Entwicklung von Systemen und Standards zur besseren Modellierung und Prognose von Gefahren und Gefahrenauswirkungen (durch Klimawandel, seismische Gefahren)</li> </ul>	<p>Verringerung natürlicher und vom Menschen verursachter Gefahren und von deren Auswirkungen, u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Koordinierung von Verfahren des integrierten Risikomanagements</li> <li>• Umsetzung gemeinsamer Risikomanagementpläne und Strategien</li> <li>• Entwicklung und Anwendung von Instrumenten und Ansätzen zur Vermeidung und zum Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels und anderer Gefahren</li> </ul>

22 Bei der Übertragung in die deutsche Sprache wurde soweit möglich auf die vorliegenden Programmübersetzungen zurückgegriffen. Für den Ostseeraum lag keine Übersetzung vor. Die Fundstellen der englischen Originalzitate im Einzelnen:  
 Alpine Space Programme JTS (Hrsg.) (2007): European Territorial Cooperation 2007 – 2013. Operational Programme, München, S. 43 ff.  
 Central Europe Programme JTS (Hrsg.) (2007): European Territorial Cooperation 2007 – 2013. Operational Programme, Wien, S. 70 ff.  
 North Sea Programme JTS (Hrsg.) (2007): European Territorial Cooperation 2007 – 2013. Operational Programme, Viborg, S. 61 ff.  
 North West Europe Programme JTS (Hrsg.) (2007): European Territorial Cooperation 2007 – 2013. Operational Programme, Lille, S. 66 ff.  
 Baltic Sea Region Programme JTS (Hrsg.) (2007): European Territorial Cooperation 2007 – 2013. Operational Programme, Rostock, S. 63 ff.

## MITTELEUROPA

Förderung und Nutzung erneuerbarer Energien und Steigerung der Energieeffizienz, u.a.:

- Ergreifung gemeinsamer Strategien zur Energieeinsparung und -effizienz
- Umsetzung ausgewogener Strategien für die Nutzung erneuerbarer und endogener Energiequellen
- Nutzung des Know-how aus Wissenschaft, Industrie und Politik, um möglichen negativen Auswirkungen infolge der Erzeugung erneuerbarer Energieressourcen entgegenzutreten
- Entwicklung innovativer Lösungen zur Nutzung alternativer Energiequellen im Verkehr

Förderung umweltfreundlicher Technologien und Aktivitäten, u.a.:

- Förderung von Politiken, Strategien und Technologien zum nachhaltigen Bau von Gebäuden (Wohn- und Geschäftshäuser, öffentliche Einrichtungen)

## NORDWESTEUROPA

Förderung eines innovativen und nachhaltigen Ansatzes zum Management der natürlichen Ressourcen einschließlich Wasser, Landschaften, biologische Vielfalt und Energie sowie Abfallmanagement, u.a.:

- Förderung verantwortungsbewusster Produktions- und Konsummuster und energieeffizienter Verfahren in allen Wirtschaftssektoren und in der gesamten Gesellschaft, beispielsweise durch gemeinsame Sensibilisierungskampagnen und integrative Konzepte und Aktionspläne zur Steigerung der Energieeffizienz
- Umwelttechnologien und -verfahren für nachhaltiges Abfallmanagement (Abfallreduzierung, Recycling und Nutzung von Abfällen zur Energiegewinnung)

Förderung eines transnationalen und raumbezogenen Ansatzes zur Verbesserung der Boden-, Gewässer- und Luftqualität sowie zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen und der Lärmbelastung, u.a.:

- Transnationale und koordinierte Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen

## OSTSEERAUM

Wirtschaftliches Management des offenen Meeres und die nachhaltige Nutzung von Meeresressourcen, u.a.:

- Nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen inklusive Einführung der bestverfügbaren Technologien und Praktiken, z.B. die Nutzung von Gashydraten, Offshore-Windenergie, die Nutzung von Biomasse

Anpassung an den Klimawandel und Senkung der Gefahren, die die Folgen des Klimawandels für Natur und Gesellschaft bedeuten, u.a.:

- Stärkung der Widerstandskraft der Regionen und Kommunen und Schaffung einer sicheren Umwelt
- Anpassungsorientierte Maßnahmen beim Umgang mit den Bedrohungen, die für die Gesellschaft vom Wasser ausgehen (sturmefeste Küstenlandschaften und Erarbeitung gemeinsamer Notfallrahmenpläne für Hochwasserereignisse)
- Entwicklung und Implementierung transnationaler Managementpläne unter Einbeziehung vieler verschiedener Einrichtungen und Anspruchsgruppen in Bereichen wie dem Naturschutz, Katastrophenschutz oder der Sicherheitspolitik

Förderung eines innovativen Ansatzes zum Risikomanagement und zur Vermeidung von Risiken, insbesondere zum Wassermanagement vor dem Hintergrund des Klimawandels, u.a.:

- Verbesserung des grenzüberschreitenden Risikomanagements, beispielsweise durch Integration von raumbezogenen Planungen und Zivilschutzstrategien
- Integratives Hochwasserschutzmanagement in Küstenzonen und großen Flusseinzugsgebieten, u.a. Harmonisierung abweichender Normen, Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Einrichtungen sowie bessere Integration nationaler und regionaler Verwaltungsstrukturen; harmonisierte Qualifizierungsnormen im Risikomanagement

Wassermanagement mit besonderer Berücksichtigung der Herausforderungen durch wirtschaftliche Aktivitäten und den Klimawandel, u.a.:

- Maßnahmen, Maßnahmepläne, Strategien und rechtliche Regelungen für ein besseres Wassermanagement, um die Auswirkungen des Klimawandels zu verringern
- Die integrierte Entwicklung auf dem offenen Meer und von Küstengebieten, u.a.:
- Vorbereitung von Szenarien, Anpassungsstrategien und Interventionsplänen für die Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels auf Küstengebiete



„Ob die vorhandenen raumordnerischen Instrumente für eine klimawandeltaugliche Planung geeignet sind, untersuchen die Partner im Projekt CLISP. Das innovative Element des Projektes CLISP ist die Verbindung der Themen Raumordnung und Wirtschaft.“

Tanja Simon, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Abteilung Landesentwicklung, München

## 5. VON DER IDEE ZUM PROJEKT – DIE WICHTIGSTEN INFORMATIONEN ZU INTERREG IV B<sup>23</sup>

INTERREG IV B bietet Einrichtungen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene eine finanzielle Unterstützung, um in gemeinsamen Projekten Erfahrungen auszutauschen und mit europäischen Partnern neue Strategien, Dienstleistungen und Produkte zur Lösung kommunaler und regionaler Probleme zu entwickeln und zu erproben. Die Bearbeitung erfolgt querschnittsorientiert, d.h. fachübergreifend und im räumlichen Zusammenhang der Kooperationsräume (für Partner aus Deutschland: Alpenraum, Mitteleuropa, Nordwesteuropa, Nordsee- und Ostseeraum).<sup>24</sup>

Im Folgenden sind zur ersten Orientierung die wichtigsten formalen und inhaltlichen Kriterien für die Förderung von Projekten in den INTERREG IV B-Programmen zusammengestellt. Verbindlich sind jedoch die relevanten Programmdokumente, insbesondere die Operationellen Programme. Weiterführende Informationen und konkrete Hilfestellung bieten die Programmsekretariate und die Nationalen Kontaktstellen der jeweiligen Kooperationsräume, die Ansprechpartner der Bundesländer und des Bundes. Die relevanten Adressen sind im Anhang zusammengestellt.

### Formale Fördervoraussetzungen

**PARTNER:** Antragsberechtigt sind nationale, regionale und lokale Körperschaften, Universitäten und Forschungsinstitute, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und weitere nicht gewinnorientierte Organisationen. In einigen Kooperationsräumen kann dies auch durch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) oder andere private Einrichtungen erfolgen.

**PROGRAMMRÄUME:** Deutschland ist – jeweils mit einer Anzahl von Bundesländern – an fünf Kooperationsräumen beteiligt, die sich teilweise überlappen (Alpenraum, Mitteleuropa, Nordwesteuropa, Nordsee- und Ostseeraum). Prinzipiell müssen sich die Projektbeteiligten aus dem jeweiligen Kooperationsraum rekrutieren. In gewissem Umfang ist die Beteiligung von Partnern außerhalb eines Kooperationsraumes möglich (bis zu 20 Prozent der Mittel) oder der EU (bis zu zehn Prozent der Mittel).

**TRANSNATIONALE PARTNERSTRUKTUR:** An Projekten müssen sich Partner aus mindestens drei Staaten beteiligen (darunter in der Regel mindestens zwei EU-Staaten). Üblich sind jedoch deutlich größere Konsortien, da es je nach

Projektthema und Problemstellung sinnvoll ist, Partner aus mehreren Ländern in ein transnationales Projekt einzubeziehen.

### PROJEKTVOLUMEN UND KOFINANZIERUNG:

Die Gesamtkosten typischer INTERREG IV B-Projekte variieren üblicherweise zwischen einer und fünf Mio. Euro. Je nach Programmraum müssen zwischen 25 und 50 Prozent der Projektausgaben von den Projektbeteiligten kofinanziert werden.

**LEAD-PARTNER-PRINZIP:** Ein Partner übernimmt als Hauptpartner (Lead Partner) die organisatorische, inhaltliche und finanzielle Gesamtverantwortung und ist für Projektmanagement und Berichtswesen zuständig. Die Rolle des Lead Partners bietet sich daher insbesondere für Organisationen mit ersten Projekterfahrungen und ausreichenden Verwaltungskapazitäten an.

### Informationen und Bewilligung

**INFORMATIONEN:** Für jeden Kooperationsraum besteht ein gemeinsames Programmsekretariat (Joint Technical Secretariat, JTS) als zentraler Ansprechpartner für alle Belange. Hier werden Programmanträge eingereicht, Beratungen durchgeführt und vertragliche Angelegenheiten geregelt. Für jeden Kooperationsraum (Ausnahme: Ostseeraum) besteht zudem eine nationale Kontaktstelle, die zusätzliche Informations- und Beratungsleistungen (u.a. Informationsveranstaltungen) anbietet.

**FRISTEN:** Die Fristen für die Einreichung von Förderanträgen („Calls“) werden auf den Internetseiten der Programme veröffentlicht. Dort stehen die notwendigen Antragsunterlagen zum Download bereit.

**BEWILLIGUNG:** Die Projektbewilligung erfolgt durch den Lenkungsausschuss aus nationalen und regionalen Vertretern der beteiligten Staaten (Deutschland: Bund und Bundesländer).

### Inhaltliche Auswahlkriterien

Die wichtigsten inhaltlichen Kriterien sind in allen Kooperationsräumen ähnlich: INTERREG IV B-Projekte sollen einen Beitrag zur räumlichen Entwicklung leisten und einen fachübergreifenden Ansatz verfolgen. Grundsätzlich sollten die territorialen Bedingungen und Wirkungen (wirtschaftlich, sozial, ökologisch, kulturell) beachtet werden. Für die Bereiche Klimaschutz und Klimaanpassung geben die Operationellen Programme erste Hinweise darauf, welche

<sup>23</sup> Dieses Kapitel stützt sich auf BBR (Hrsg.): Leitfaden für Antragsteller: Finanzielle Förderung durch EU-Programme der transnationalen Zusammenarbeit – INTERREG IV B, Juni 2009.

<sup>24</sup> Für eine Übersicht vgl. die Karten im Anhang.

Problemlagen und Potenziale die jeweiligen Kooperationsräume auszeichnen (vgl. Kap. 4).

Projekte sollen zu konkreten, erkennbaren und nachhaltigen Ergebnissen führen. Dies muss ausreichend konkretisiert werden, in der Regel durch Nennung von Indikatoren zur Messung des Projekterfolges. Wichtig ist daneben eine tragfähige Management- und Partnerstruktur: Die konkreten Ergebnisse, die in dem jeweiligen Projekt erreicht werden sollen, können dabei vielfältig sein. Typische Produkte („Outputs“) beinhalten: Richtlinien, Handbücher, Studien, Analysen, Konzepte, Trainings- und Ausbildungsprogramme, Untersuchung zu Investitionen (Machbarkeitsstudien, technische Konzepte, Umweltverträglichkeitsstudien) und kleinere Investitionen.

Einen Schwerpunkt der aktuellen Förderperiode bilden sogenannte strategische Projekte. Strategische Projekte zeichnen sich durch die folgenden Merkmale aus:

- Probleme bzw. entwickelte Lösungen sind für den gesamten Kooperationsraum bedeutsam;
- Fokus auf Implementierung (infrastrukturelle Investitionen, Pilotinvestitionen, lokale Beispielaktionen);
- Starker politischer Rückhalt auf der nationalen Ebene (Implementierung der Investitionsvorbereitung, Billigung der politischen Empfehlungen ...).

So weit wie möglich sollte im Rahmen strategischer Projekte eine intensivere Zusammenarbeit zwischen nationalen bzw. Länderbehörden, transnationalen Stellen einerseits sowie regionalen/lokalen Behörden andererseits angestrebt werden, wobei die nationalen Stellen Aufgabenstellung und Ergebnistransfer unterstützen und die regionalen/lokalen Akteure die Lösungen „vor Ort“ entwickeln.

Beim Aufbau des Projektkonsortiums ist grundsätzlich auf eine möglichst interdisziplinäre Zusammensetzung zu achten. Dies kann nicht nur „institutionelle“ Partner aus den nationalen, regionalen und kommunalen Behörden umfassen, sondern auch Wirtschafts- und Sozialpartner und andere Einrichtungen. Projektpartner sollten sich die Frage stellen, welche Bedeutung und welchen Nutzen transnationale Zusammenarbeit für den Erfolg des Projekts und seiner Maßnahmen hat. Wenn die ehrliche Antwort darauf „wenig“ oder „nicht viel“ lautet, könnte das Projekt Schwierig-

keiten bei der Genehmigung bekommen, da der transnationale Mehrwert der Zusammenarbeit im Projektantrag deutlich dargelegt werden muss.

### **Zum Schluss einige Tipps für den Projekterfolg**

- Viele kleine Bausteine tragen zur Entwicklung bei. Projekte sollten auf praktische Umsetzung und konkrete Ergebnisse, die über die Dauer der Partnerschaft hinaus von Interesse sind, gerichtet sein.
- Der Mehrwert/Nutzen der transnationalen Zusammenarbeit muss deutlich gemacht werden, d.h. der Beitrag des Projekts zur Entwicklung des Kooperationsraumes muss deutlich werden.
- Eine besondere Stärke des INTERREG-Ansatzes ist die Möglichkeit, Kontakte und Netzwerke auszubauen. Partner sollten sorgfältig ausgewählt werden und voll hinter dem Projekt stehen (finanzielles, inhaltliches, organisatorisches Engagement, geteilte Verantwortung innerhalb der Partnerschaft).
- Die Akteure sollten die Bereitschaft zur fachübergreifenden Zusammenarbeit und zur Kooperation zwischen Wirtschaft, Forschung, Gesellschaft und Verwaltung haben.
- Investitionen sollen möglichst von transnationalem Charakter sein und die räumliche Integration unterstützen oder Pilotcharakter für die Partnerschaft und den Programmraum haben.
- Projekte müssen Ergebnis- und Wirkungsindikatoren benennen, um ihren konkreten Nutzen zu demonstrieren.
- Projektaktivitäten und Budget müssen stimmig sein.
- Der Antrag sollte fundierte und ausreichende Informationen enthalten, um einer kritischen Bewertung Stand zu halten und die Entscheider vom Nutzen des Projekts zu überzeugen.
- Ziele und Aktivitäten sollten realistisch bleiben und der Partnerschaft entsprechen.
- Europäischer Geist sollte mitgebracht werden: Offenheit für andere Arbeitsstile in anderen Ländern ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Projektabschluss.
- Geduld gehört auch dazu – manches geht auf internationalem Parkett etwas langsamer!
- Die deutschen Contact Points, die Ansprechpartner in den Ländern und das zuständige Programmsekretariat stehen für Nachfragen bereit und geben Informationen.

## ANHANG: KOOPERATIONSRÄUME UND ANSPRECHPARTNER



### Alpenraum

[WWW.ALPINE-SPACE.EU](http://WWW.ALPINE-SPACE.EU)

#### Beteiligte Bundesländer

- Bayern (Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben)
- Baden-Württemberg (Regierungsbezirke Freiburg und Tübingen)

#### Deutsche Kontaktstelle

Dr. Florian Ballnus  
Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, Alpine Space Contact Point  
INTERREG IV B Alpenraumprogramm  
Rosenkavalierplatz 2, 81925 München  
Telefon: +49 (0)89/9214-3144  
florian.ballnus@stmug.bayern.de

#### Programmsekretariat

Joint Technical Secretariat, ETC – Alpine Space Programme, Bayerisches Landesamt für Umwelt  
Lazarettstr. 67, 80636 München  
Telefon: +49 (0)89/9214-1800  
jts@alpine-space.eu, jts@lfu.bayern.de

### Mitteleuropa

[WWW.CENTRAL2013.EU](http://WWW.CENTRAL2013.EU)

#### Beteiligte Bundesländer

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Brandenburg
- Mecklenburg-Vorpommern
- Sachsen, Sachsen-Anhalt
- Thüringen

#### Deutsche Kontaktstelle

Dr. Bernd Diehl, Berit Edlich  
Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung  
in Dresden  
INTERREG IV B – Central Contact Point  
Weberplatz 1, 01217 Dresden  
Telefon: +49 (0)351/4679-277/216  
b.diehl@ioer.de, b.edlich@ioer.de  
www.central2013.de

#### Programmsekretariat

Central Europe Programme  
Joint Technical Secretariat  
Museumstraße 3/A/III, 1070 Wien (Österreich)  
Telefon: +43 1/4000-76142  
info@central2013.eu



## Nordseeraum

[WWW.NORTHSEAREGION.EU](http://WWW.NORTHSEAREGION.EU)

### Beteiligte Bundesländer

- Bremen
- Hamburg
- Niedersachsen
- Schleswig-Holstein

### Deutsche Kontaktstelle

Claudia Eggert

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg  
Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg  
Telefon: +49 (0)40/42840-8013  
Claudia.Eggert@bsu.hamburg.de  
www.interreg-nordsee.de

### Programmsekretariat

INTERREG North Sea Programme Secretariat  
Jernbanegade 22, 8800 Viborg (Dänemark)  
Telefon: +45 8728-8070  
info@northsearegion.eu



## Nordwesteuropa

[WWW.NWEUROPE.EU](http://WWW.NWEUROPE.EU)

### Beteiligte Bundesländer

- Baden-Württemberg
- Bayern (Regierungsbezirke Schwaben, Mittel-, Ober- und Unterfranken)
- Hessen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland

### Deutsche Kontaktstelle

Eva C. Lupprian

Deutsche Kontaktstelle INTERREG IV B  
Nordwesteuropa, Ministerium für Wirtschaft,  
Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-  
Westfalen

Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf  
Telefon: +49 (0)211/837-4149  
nwe-contactpoint@mwme.nrw.de

### Programmsekretariat

NWE Secretariat, „Les Arcuriales“  
6th Floor, 45 Rue de Tournai, Entrée D  
59000 Lille (Frankreich)  
Telefon: +33 (0)3/2078-5500  
nwe@nweurope.eu

## Ostseeraum

[WWW.EU.BALTIC.NET](http://WWW.EU.BALTIC.NET)

### Beteiligte Bundesländer

- Berlin
- Brandenburg
- Hamburg
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen (Regierungsvertretung Lüneburg)
- Schleswig-Holstein

### Programmsekretariat

Joint Technical Secretariat Rostock  
 Grubenstraße 20, 18055 Rostock  
 Telefon: +49 (0)381/45484-5281  
[info@eu.baltic.net](mailto:info@eu.baltic.net)

### Ansprechpartner im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Referat I 3 –  
 Europäische Raum- und Stadtentwicklung  
 Deichmanns Aue 31-37, 53179 Bonn  
[www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de)  
[www.interreg.de](http://www.interreg.de)

- Brigitte Ahlke (Alpenraum)  
 Telefon: +49 (0)22899/401-2330  
[brigitte.ahlke@bbr.bund.de](mailto:brigitte.ahlke@bbr.bund.de)
- Dr. Wilfried Görmar (Ostseeraum, Nordwesteuropa [in Vertretung])  
 Telefon: +49 (0)22899/401-2328  
[wilfried.goermar@bbr.bund.de](mailto:wilfried.goermar@bbr.bund.de)
- Verena Hachmann (Nordseeraum, Nordwesteuropa [in Vertretung])  
 Telefon: +49 (0)22899/401-1341  
[verena.hachmann@bbr.bund.de](mailto:verena.hachmann@bbr.bund.de)
- Jens Kurnol (Mitteleuropa)  
 Telefon: +49 (0)22899/401-2304  
[jens.kurnol@bbr.bund.de](mailto:jens.kurnol@bbr.bund.de)





Oktober 2010

[www.interreg.de](http://www.interreg.de)